

# GRAMMA

## INTERNACIONAL

HAVANNA  
JULI 2001

Postvertriebsstück Y 9229  
Entgelt bezahlt

Jahrgang 36 Nummer 7  
DM 2.50; Preis in Kuba 1.00 USD



Hans-Werner Richert

Ministerpräsident Dr. Reinhard Höppner und der stellvertretende Außenminister Kubas, Angel Dalmau, nach der Unterzeichnung der verschiedenen Verträge und einer gemeinsamen Erklärung

# Wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Sachsen-Anhalt kommt ins Rollen

SEITEN 4 - 5

Nach dem Skandal  
in Houston:  
Die  
Boxweltmeisterschaft  
kehrt auf die  
Insel zurück

Seite 10

Programm  
gegen  
Arbeitslosigkeit

“Wir können allen  
Jugendlichen Arbeit  
geben, wenn sie  
eine Ausbildung  
vorweisen”

Seite 8

Klaus Töpfer  
beeindruckt  
vom hohen  
Umweltbewußtsein  
der Kubaner

Seite 6



US-Unternehmen  
gegen die  
Blockade

Seite 8

100 Millionen Dollar  
„Investition“ in  
die Subversion  
geplant, doch ...

Kuba ist  
nicht Polen!

Seite 14

Doris Lessing,  
Literaturprinzessin  
von Asturien

Seite 11



# Granma

INTERNACIONAL

ZEITUNG AUS KUBA UND  
LATEINAMERIKA

Deutsche  
Ausgabe

Avenida General Suárez y Territorial,  
Plaza de la Revolución Jose Martí,  
Apartado Postal 6260, La Habana 6,  
Cuba. C.P. 10699 Telex 0511 355 /0511 221.  
e-mail redac@granma.get.cma.net  
Fax: 53-7-33-5176 und 33-5826 Tel:  
81-6265 / 81-7443 Zentrale: 81-3333  
App. 23 und 381

#### GENERAL DIREKTOR

Frank Agüero Gómez

#### CHEFREDAKTEUR

Gabriel Molina Franchossi

#### STELLVERTRETER

Miguel Comellas Dopico

#### INFORMATIONSCHEF

Joaquín Oramas Roque

#### LEITER DER REDAKTION

Gustavo Becerra Estorino

#### ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

Orlando Gómez Balado

#### PRODUKTIONSCHEF

Migdalia Hardy Mengana

#### TEAMCHEFS

Layout

Orlando Romero Fernández  
Tel. 81-6021

#### Deutsche Ausgabe

Hans-Werner Richert  
Tel. 81-6021 / 81-1679

#### Spanische Ausgabe

Gustavo Becerra Estorino

#### Englische Ausgabe

Ellen Rosenzweig  
Tel. 81-6054 / 81-1679

#### Französische Ausgabe

Frédéric Woungly-Massaga  
Tel. 81-1679 / 81-6054

#### Portugiesische Ausgabe

Miguel Angel Alvarez  
Tel. 81-6054 / 81-1679

#### Vertrieb und Abonnements

Miguel Domínguez Hernández  
Tel. 81-9821

#### Druck

Zeitungsverlag Granma,  
Havanna. Cuba

#### NACHDRUCK

Brasilien

Cooperativa de trabalhadores em  
Serviços Editoriais e Noticiosos Ltda. Rua  
Regente Feijó, 49-2º andar CEP  
20.060-060 Rio de Janeiro Tel. (021)  
242-3430 Fax (021) 242-1320

#### Bundesrepublik Deutschland

TRIBÜNE DRUCK GMBH

Am Treptower Park 28-30  
12435 Berlin

#### Kanada

ANPO

P.O.Box 156, Station A Toronto,  
Ontario, Canada M5M 2T1  
Anzeigen und weitere information:  
Tel./Fax (416) 253-4305

#### Argentinien

Sr. Gregorio Hayrabadian Sarmiento Nº  
1574 Piso 2-A - C.F. Buenos Aires,  
Argentina Tel: 331-5761 et 342-1579

#### Frankreich

S.E.N.P.Q

S.A.R.L. au Capital de 2000 FS. Sial:  
63, rue Croulebarde - 75013 PARIS  
Tel: 01 43 37 86 16 - Fax: 01 43 31 04 31  
RCS PARIS B - SIRET 403 077 456  
00016 - APE 221C

WEBSITE INTERNET  
<http://www.granma.cu>

ISSN 0864-4624



Von den insgesamt 257.313 Personen, die Hilfen aus dem WEP-Programm erhielten, waren 221.349 Schüler

## WELTERNÄHRUNGSPROGRAMM

# Hilfe für die von Trockenheit betroffenen östlichen Provinzen

ALBERTO D. PEREZ - für  
Granma Internacional

• 1999 erhielten täglich ca. 257.300 Personen in den fünf östlichen Provinzen vom UN-Welternährungsprogramm WEP eine Hilfe in Form von Lebensmitteln.

Einem Rechenschaftsbericht des Projekts EMOP 6037 zufolge hatte die Regierung Kubas angesichts der schwierigen Lage, verursacht durch eine zwei Jahre anhaltende Trockenperiode, um die Unterstützung gebeten.

„Das WEP hatte wie bei anderen Gelegenheiten unmittelbar mit der Annahme eines Projektes für Ernährungshilfe geantwortet, um den betroffenen Gruppen, die aufgrund der widrigen klimatischen Erscheinung einer Mangelerkrankung ausgesetzt waren, zu helfen“, äußerte in seinem Vorwort der Vertreter des Programms in Kuba, Germán Valdivia Altamirano, dessen Büro diese Anstrengung sehr aktiv unterstützte.

Die Hilfe kam Grund- und Sekundarschülern, davon sowohl den Tages- als auch den Internatsschülern, über den Bereich Bildung zu; den Schwangeren, alten Men-

schen, Behinderten und Kindern in Krankenhäusern, über den Bereich Gesundheitswesen; und Frauen, deren Schwangerschaft normal verlief, über das Ministerium für Binnenhandel.

Das Projekt lieferte über die Provinzregierungen auch Verbrauchsmaterialien für die lokale Lebensmittelindustrie, die mit Mineralen und Vitaminen angereicherte Teigwaren und Kekse herstellte und so die Versorgung der Betroffenen unterstützte.

Die kubanischen Regierung hatte für diese Anstrengung das Ministerium für Ausländische Investitionen und Wirtschaftliche Zusammenarbeit als Partner bestimmt und mit diesem den Ablauf des Programms koordiniert.

Die lokale Lebensmittelindustrie konnte dank des Beitrages voll ausgelastet werden, was für ca. 260 Personen Arbeit und ein sicheres Einkommen bedeutete.

Wie aus dem Schlußbericht der WEP-Vertretung hervorgeht, hat es geholfen, 43,2% des nötigen Eiweißes und 41% des Fettbedarfs im Gesundheitsbereich beizutragen. Im Bereich Bildung waren es

jeweils 18% und 11% und für die Schwangeren bedeutete die Spende 16,8% und 29% des Eiweiß- bzw. Fettbedarfs.

Von den insgesamt 257.313 begünstigten Personen waren 221.349 Schüler, davon 112.883 Mädchen; von den 35.964 Erwachsenen waren 18.341 Frauen.

Kuba erhielt insgesamt 4.969,1 Tonnen Lebensmittel, darunter Pflanzenöl, Erbsen, Milchpulver, Reis und Weizenmehl. Das Mehl diente zur Herstellung von Teigwaren und Keksen.

Die WEP-Vertretung in Kuba nahm mit dem nationalen Partner eine strikte Kontrolle der Ernährungshilfe von ihrer Ankunft im Hafen bis zur Groß- und Einzelverteilung und bei der Verwendung der Lebensmittel in Schulen, Krankenhäusern und den betroffenen Gebieten vor.

Im Bericht über das Projekt wurde festgestellt, daß eine gemeinsame Arbeit geleistet wurde, sowohl von der WEP-Vertretung als auch von den kubanischen Behörden aus, die „die schöne Aufgabe hatten, den Betroffenen in diesen Provinzen zu helfen“.



# Korda in Havanna beigesetzt

• PRÄSIDENT Fidel Castro nahm an der Trauerfeier für den namhaften Fotografen Alberto Díaz Gutiérrez, Korda, teil, der am 25. Mai in Paris verstorben war.

Korda, der in einem Familiengrab auf dem *Cementerio de Colón* in Havanna beigesetzt wurde, starb im Alter von 72 Jahren an einem Herzinfarkt in der französischen Hauptstadt, in der er einen Teil seiner Werke ausstellte.

Der Autor des weltbekanntesten Fotos des *Guerrillero Heroico* Ernesto Che Guevara, das zum Banner der Inspiration für Generationen von Revolutionären wurde, hat damit der Kunst der Fotografie ein beispielhaftes Vermächtnis hinterlassen. Korda arbeitete als Fotoreporter für die Zeitungen *Revolución*, *Granma*, die Zeitschrift *Cuba* und ausländische Publikationen.

Als die Firma Smirnoff ohne Genehmigung das berühmte Foto des Che zur Werbung ihrer Erzeugnisse verwendete, klagte Korda gegen



das Unternehmen und gewann den Prozeß. Die Entschädigungssumme spendete er für die kubanische Medizin.

Unter den vielen Trauergästen befanden sich neben Familienangehörigen und Freunden auch zahlreiche Intellektuelle. (AIN)

## Französische Nationalversammlung ehrt die Havannazigarre

• PARIS (PL).- Mit einem noch nie dagewesenen Festakt ehrte die französische Nationalversammlung am 17. Mai zwei Vereine der Liebhaber der Havannazigarre, den neuen Club der Botschafter und den Club der Parlamentarier.

Bei bezaubernder traditioneller kubanischer Musik, dem Aroma der besten *Puros* der Welt und Havana Club Rum, den unverfälschten kubanischen Symbolen, war das Palais Bourbon Ort eines Festes, zu dem sich rund 300 Unternehmer, Politiker, Intellektuelle und Künstler trafen.

Der Botschafter-Club zählt unter seinen Ehrengästen bereits 46 Diplomaten und zwölf französische Persönlichkeiten. Dem Club der französischen Parlamentarier gehören fast 100 Mitglieder an.

Der Präsident der Nationalversammlung, Raymond Forni, hob das Besondere dieses Zusammentreffens von Abgeordneten und Botschaftern, die Liebhaber der Havannazigarre sind, hervor und stellte den von den Franzosen hochgeschätzten Wert dieses ausgezeichneten kubanischen Erzeugnisses heraus.

Er dankte auch dem kubanischen Botschafter, Eumelio Caballero, für dessen Bemühungen zur Förderung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen Frankreich und Kuba.

## ZOOM

Zusammengestellt von Michel Porcheron

### ERSTE CD-ROM FÜR GESCHÄFTSLEUTE

• "KUBA: Geschäftsberater" ist die erste CD-ROM mit allen Informationen für den Binnenmarkt. Als Arbeitsinstrument eines Investors ist diese CD-ROM einfach benutzbar und hat damit Aufmerksamkeit auf sich gelenkt. Sie verfügt über drei Grundrubriken ('Kaufen', 'Verkaufen' und 'Lernen Sie Kuba kennen') sowie mit Angaben über 7.444 internationale Geschäftszentren über die bisher längste Liste dieser Art. Weiterhin sind Daten über 273 Import- und 188 Exportfirmen, 307 Hotels usw. enthalten und Texte zu der Gesetzgebung über ausländische Investitionen und Zollbestimmungen. Die CD ist eine Arbeit der Firma SIS (Informationssysteme und Software), der Korporation COPEXTEL, des Informatik- und Kommunikationsministeriums, die in Zusammenarbeit mit der Firma ALBUR S.A. hergestellt wurde.

### MUSIK FÜR ALLE

• IM früheren Kino Jigüe, an der Kreuzung Galiano und Neptuno in Havanna, wird derzeit die *Casa de la Música* fertiggestellt. Das neue zweigeschossige Zentrum verfügt auf 1.200 Quadratmetern über zwei Säle. In der 1. Etage befinden sich eine Tanzfläche mit Bühne und drei Bars. In der 2. Etage ist der zweite Saal und ein Raum zur Ausgestaltung vorhanden. In der *Casa de la Música* haben 700 Personen Platz, und es steht kubanischem und internationalem Publikum (in nationaler Währung und in Devisen) offen. Es wurde von Eloy Montiel gestaltet. Ein CD-Geschäft und ein Laden für Musikinstrumente gehören dazu. Die kubanische Plattenfirma EGREM setzte sich für ein Musikhaus in einer so dichtbesiedelten Gegend der Hauptstadt wie Centro Habana ein, um den kubanischen Gruppen und Musikern eine technologisch modern ausgerüstete Einrichtung zur Verfügung zu stellen.

Bisher existiert im Stadtbezirk Playa ein solches, wenn auch bescheideneres Zentrum. Trinidad und Santiago de Cuba haben auch ihre *Casa de la Música*.

### 4,5 PRIVATE BANKKONTEN

• 4,5 MILLIONEN Kubaner verfügen bei den verschiedenen Banken des Landes über Konten sowohl in nationaler Währung als auch in Devisen. In Kuba gibt es acht Banken (mit 75

Zweigstellen in Havanna) und 16 andere Finanzunternehmen. Ein kubanischer Bürger kann ein Devisenkonto eröffnen, wenn er 50 Dollar einzahlt (z. B. bei der Banco Popular de Ahorro). Seit 1997 besteht die Kubanische Zentralbank (Banco Central de Cuba), deren Präsident Francisco Soberón ist. Die kubanischen Banken unterhalten Verbindungen zu ca. 500 Banken in 122 Nationen.

### EIN TRANS-KUBA-EXPRESS

• EIN Schnellzug mit 44 bequemen Waggons, die in Frankreich gekauft wurden, wird im Sommer Havanna mit Santiago de Cuba (900 km) verbinden, gab Verkehrsminister Alvaro Pérez bekannt. Mit dem Express werden die Qualitätsparameter des Eisenbahnverkehrs, die während der Wirtschaftskrise der neunziger Jahre sehr in Mitleidenschaft gezogen wurden, neu definiert werden. Unter heutigen Bedingungen dauert eine Zugfahrt von der Hauptstadt nach Santiago rund 15 Stunden.

### 35 JAHRE EL CAIMAN BARBUDO

• DIE mythische und angesehene Kulturzeitschrift *El Caimán Barbudo*, feiert im Juni mit der Nummer 304 ihren 35. Geburtstag (Mai-Juni 2001, 32 Seiten). Ein Großteil der Zeichnungen stammt wie in alten Zeiten von dem berühmten Maler José Luis Posada alias "El Gallego Posada". In der Jubiläumsnummer, in der Erinnerungen und Gedanken einiger ehemaliger Mitarbeiter des *Caimán* wie Leonardo Padura Fuentes, Fernando Rojas enthalten sind, ist der einzige vorher schon einmal veröffentlichte Text ein Interview vom Mai 1976, mit dem seit fünf Jahren in Spanien lebenden Jesús Díaz über die Wurzeln des *Caimán*. "Wenn er auch nicht mehr bei uns ist", so heißt es im Editorial, "wäre es ungerecht, jemanden aus der Geburtstagsfeier auszuschließen, der ihr erster Direktor war. Wenn er auch diesen guten Teil seines Werkes verleugnet, fühlen wir uns in der kulturellen Pflicht, diesen für ihn zu retten (...). In diesem Jahr werden unsere Seiten ähnlichen Mitarbeitern offen stehen", schließt der Leitartikel. ([www.Caimanbarbudo.cu](http://www.Caimanbarbudo.cu), E-mail: [eabril@jcece.org.cu](mailto:eabril@jcece.org.cu))"

### "MUCHACHA" IST WIEDER DA

• DIE Zeitschrift *Muchacha* (Faltbogenformat, schwarz-weiß, 16 Seiten) erscheint nach zehnjähriger Unterbrechung wieder. Neun der elf Artikel stammen von Mädchen und sind offensichtlich für Mädchen bestimmt (e-mail: [mujeres@teleda.get.tur.cu](mailto:mujeres@teleda.get.tur.cu)). Die Postschwaibe sagt, daß "auch Briefe von Jungen willkommen sind".



Einzahlungen können sowohl in nationaler Währung als auch in Devisen gemacht werden





Höppner überreicht dem Vizepräsidenten des Staatsrates, Carlos Lage, einen Set Füllfederhalter, "damit wir noch viele Verträge gemeinsam unterzeichnen können"

Der Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt zu Besuch in Havanna

# Wir wollen nicht nur was verkaufen, wir setzen auf Zusammenarbeit

- Dr. Reinhard Höppner zeigt sich sehr zufrieden über die Entwicklung der Kooperation zwischen seinem Bundesland und der Insel
- Sieben Absichtserklärungen mit mittelständischen Unternehmen unterzeichnet
- Wissenschaftliche Zusammenarbeit mit dem Fraunhofer Institut aus Magdeburg

TEXT UND FOTOS:  
HANS-WERNER RICHERT  
—Granma Internacional

• SICHTLICH guter Laune präsentierte sich der Ministerpräsident des Landes Sachsen-Anhalt, Dr. Reinhard Höppner, während seines fünftägigen Aufenthalts vom 27. bis 31. 5. in Havanna.

Und dazu hatte er auch allen Grund: "Also, als wir anreisten, war noch keineswegs klar, daß wir heute acht Papiere unterschreiben konnten, da haben wir gehofft, daß es wenigsten zwei werden", erklärte er im Gespräch mit Granma Internacional.

Bei den Unterschriften handelt es sich um Ab-

sichtserklärungen über Geschäfte zwischen mittelständischen Unternehmen aus dem östlichen Bundesland mit entsprechenden kubanischen Partnern, einer Absichtserklärung über die Zusammenarbeit des Fraunhofer Instituts für Automatisierung aus Magdeburg mit einer ähnlichen Einrichtung des Unternehmens SIME in Havanna und einer gemeinsamen Erklärung der Republik Kuba und des Bundeslandes Sachsen-Anhalt.

Danach wird die Firma Liesen Bitumen zusammen mit dem Bauunternehmen Geicons modifizierte Asphaltmulsionen für Fußböden und Dächer herstellen; die Firma Doppstadt wird der kubanischen Geicons Anlagen zur Ausbeutung von Steinbrüchen, zur Behandlung von Zuschlagstoffen und zum Recycling von Bauschutt liefern; dem Zuckerministerium werden Industrieanlagen von Doppstadt geliefert, die zur Verbesserung der Um-

weltsituation in diesem Bereich beitragen und die gleiche Firma wird in Sancti Spiritus eine Recycling-Anlage für feste Abfallstoffe einrichten.

"Abfallbeseitigung und zwar in Kombination mit Energieerzeugung. Das hat hier großes Interesse gefunden, daß man sich mit dem Müll nicht nur 'rumschlagen muß, sondern ihn auch als Rohstoff verwenden kann. Dafür gibt's hier bisher noch keine Technologie"; kommentierte der Ministerpräsident.

Über die Themen Industrieausrüstung, Kesselerneuerung, Zentrifugen, Transportmaschinen etc. wurde ein Rahmenabkommen zwischen dem in Havanna durch ein Büro vertretenen Unternehmenspool aus Sachsen-Anhalt und dem Zuckerministerium abgeschlossen.

Die Firma Brauerei- und Kellereimaschinen Magdeburg wird dem Brauereiverband der Insel eine moderne Abfüllanlage für die Tinima-Brauerei liefern und das Fraunhofer Institut wird mit einem Institut in Havanna gemeinsam an Innovations- und Entwicklungsprojekten arbeiten, die der Ministerpräsident als "bisher einzigartig auf der Welt" kennzeichnete.

Es gehe dabei u. a. darum, "über Internet Anleitungen für die Reparatur von Anlagen zu geben und Leute zu trainieren im Umgang mit neuen und modernen Anlagen". "Das Fraunhofer Institut ist in diesem Punkte sehr gefragt und wir haben das Interesse, daß wir mit den Kubanern zusammen, die zum Teil ja auch bei uns studiert haben, das so vorantreiben, daß wir von hier aus auch diese Technologie in Lateinamerika weiter verbreiten können. Also so bißchen Partnerschaft, um von hier aus auch Schritte auf den Amerikanischen Kontinent zu gehen"; ergänzte er.

In der gemeinsamen Erklärung, die von dem Vizeminister für Auswärtige Angelegenheiten,



Angel Dalmau, und dem Ministerpräsident unterschrieben wurden, heißt es, "beide Seiten erklären, daß die Bereitschaft zur freundschaftlichen Zusammenarbeit besteht, um die Kontakte zwischen den Wirtschaftsunternehmen beider Länder, die Zusammenarbeit zwischen wissenschaftlichen Einrichtungen (...) und die Aktivitäten der Entwicklungszusammenarbeit zu entwickeln und zu vertiefen".

## REISEZWECK UND BEDEUTUNG FÜR SACHSEN-ANHALT

Für Höppner hat sich damit der Zweck seiner Reise erfüllt, den er gegenüber GI folgendermaßen charakterisierte: "Es ging vor allem darum, die wirtschaftlichen Kontakte zwischen Sachsen-Anhalt und Kuba auszubauen. Wir haben seit einigen Jahren Kontakte (...) und wir sind jetzt an den Punkt gekommen, wo wir konkrete Vereinbarungen mit den entsprechenden Ministerien hier in Kuba abschließen konnten."

Dabei erwähnte er neben den oben angeführten Projekten noch die "Rekonstruktion von Mühlen durch unsere Mühlenbau in Wittenberg" und die Vereinbarung der Firma DH Dampfkessel und Behälterbau aus Hohenturm. "Die hat damals die Anlagen für die Zuckerindustrie geliefert und sie wird jetzt diese Anlagen erneuern und da vor allen Dingen durch neue Technologien wesentlich energiesparendere Verfahren einbringen können."

Zur Bedeutung der Verträge für das östliche Bundesland erklärte der Ministerpräsident: "Also für uns sind sie vor allen Dingen, dort, wo wir Anlagen liefern, eine Sicherung von Arbeitsplätzen und eine Stärkung der entsprechenden mittelständischen Unternehmen."

Zwar seien 20 - 30 Millionen mehr Umsatz nicht die Welt, doch es sei immerhin "ein Einstieg in eine Zusammenarbeit, bei der man dann hoffentlich noch ein paar Folgeaufträge hat. Bei den Mühlen ist heute im Gespräch schon klar gewesen, da wird im Laufe des nächsten Jahres ein Folgeauftrag kommen und auf Folgeaufträge setzen wir natürlich dabei."

Außerdem seien in dem Firmenpool noch andere Unternehmen vertreten und es gäbe auch Firmen, die dort noch nicht repräsentiert seien, "weil die Projekte bei ihnen noch nicht so aufbereitet sind, daß man jetzt konkret verhandeln kann". Langfristig sieht er aber, daß es eher schwierig werden wird, die vielen Aufträge mit dem wenigen in Havanna vorhandenen Personal abzuwickeln.

Höppner geht auch davon aus, daß besonders die mittelständischen Unternehmen für eine derartige Zusammenarbeit geeignet seien. Ohne die USA beim Namen zu nennen erklärte er, diese Unternehmen würden nicht solchen Abhängigkeitsverhältnissen unterliegen, und sie würden "auch nicht so beaufsichtigt werden, von Staaten, die ja etwas argwöhnisch auf diese Beziehungen schauen".

"Ich habe in dem Zusammenhang immer betont, daß es nicht nur individuelle Menschenrechte gibt, sondern auch soziale Menschenrechte. Denn jemand, der auf der Müllhalde lebt, dem nützen die individuellen Menschenrechte auch nicht so sehr viel, der braucht erst mal was zu essen und ein Dach über dem Kopf. Und um die sozialen Menschenrechte der Kubanerinnen und Kubaner hat sich diese Regierung schon gekümmert. Das kann man nicht bestreiten. Bildung für alle ist selbstverständlich und die Gesundheitsfürsorge ist über dem Durchschnitt dessen, was man sonst von Entwicklungsländern kennt."

Er halte es für besser, über diese Fragen einen offenen Dialog zu führen, in dem jeder seinen Standpunkt offen aussprechen kann und in dem nicht Verurteilungen im Vordergrund stehen. Und er habe den Eindruck gewonnen, daß die Kubaner zu einem solchen Dialog bereit wären.

Auf die Frage, wie er in diesem Zusammenhang die Verurteilung Kubas durch die BRD in der Menschenrechtskommission in Genf beurteile, antwortete er salomonisch: "Ich betreibe keine Außenpolitik wenn ich hier bin. Ich vertrete die Interessen meines Landes, und da steht auch das wirtschaftliche Interesse im Vordergrund. (...) Die Außenpolitik muß die Bundesregierung machen und da will ich mich auch nicht einmischen, aber ein bißchen dürfen wir auch die Chancen des Föderalismus in Deutschland nutzen und das tue ich."



Dr. Höppner und der kubanische Vizeaußenminister, Angel Dalmau, unterzeichnen die Gemeinsame Erklärung

Daß man sich für diese wirtschaftlichen Kontakte Kuba aussuchte, hat für ihn gute Gründe. "Man darf nicht übersehen, daß der Bildungsgrad in Kuba deutlich über dem liegt, was man sonst von Entwicklungsländern kennt. Das heißt, hier gibt's 'ne Menge studierter, guter Leute. Und wenn die dann Deutsch können oder sogar bei uns studiert haben, dann ist natürlich die Nähe viel schneller hergestellt, als wenn man andere lateinamerikanische Staaten als Anlaufpunkt sucht."

Er habe den Eindruck, daß die Kubaner "relativ konzentriert umsteuern, weil sie wissen, daß sie mit ihrem Außenhandel sehr schnell in die Zange genommen werden, wenn die Zuckerpreise sinken und die Erdölpreise steigen, dann ist ihr Spielraum sofort Null. Und das können sie nur dadurch überwinden, daß sie den Export a) auf breitere Beine stellen und b) beim Import nicht so abhängig sind, wie es derzeit der Fall ist".

## POLITISCHE BEDEUTUNG UND MENSCHERECHTE

"Politisch lag mir auch daran, ein Signal zu setzen, daß wir ein Interesse daran haben, die deutsch-kubanischen Beziehungen zu verbessern und auszubauen. Da hat es ja auch eine Menge Schwierigkeiten und Verstimmungen gegeben, im Laufe der letzten zehn Jahre. Trotzdem bin ich der Überzeugung, daß langfristig ein normales politisches und wirtschaftliches Verhältnis für beide Seiten von Gewinn ist. Und ich seh' auch nicht ein, daß wir diese Kontakte den Spaniern oder Italienern überlassen sollten, die ja in mancher Beziehung hier schon wesentlich mehr im Geschäft sind."

Zum Ausbau der Beziehungen müsse man aber auch bereit sein, zum Dialog über sonst strittige Fragen, beispielsweise das Thema Menschenrechte.

## GESPRÄCHSOFFENHEIT UND EIN EMPFANG BEI FIDEL

Angenehm überrascht zeigte sich Höppner von der "Gesprächsoffenheit" die er hier angetroffen habe. "Hier war 'ne relative Offenheit da, die ich positiv finde. Beeindruckt hat mich das, was mir im sozialen Engagement gezeigt wurde. Beeindruckt hat mich auch die Tatsache, daß es offenbar in den letzten zwei drei Jahren gelungen ist, aus dem absoluten Tief herauszukommen, in das Kuba ja durch den Zusammenbruch des Ostblocks geraten ist, und das Kuba im Grunde genommen bis 1995 so geprägt hat, daß mancher dachte, Kuba steht absolut auf der Kippe. Und daß sie dabei auch in einem gewissen Maße in der Lage sind, neue Strukturen zu entwickeln. Wenn mich nicht alles täuscht, dann sind durchaus Bemühungen im Gange, auf die sich rasant verändernde Weltsituation konstruktiv zu reagieren. Und das finde ich zukunftsfruchtig."

Resümierend meinte er, "daß die Erneuerung andere Wege gehen wird, als sich das 1990 so mancher in Europa vorgestellt hat, wo man ja dachte, der Ostblock bricht zusammen also bricht Kuba auch zusammen, fertig.

Das ist, glaube ich, zu einfach gedacht".

Zu seinen Gesprächspartnern, die ihm mit der o. g. Offenheit im Rahmen seines dichtgedrängten Besuchsprogramms ("ich betreibe hier keinen Politourismus") begegnet sind, zählten u. a. der Vizepräsident des Staatsrates, Carlos Lage, die Minister Marcos Portal (Grundstoffindustrie), Rosa Elena Simeón (Wissenschaft, Technologie und Umwelt), Martha Lomas (Ausländische Investitionen und Wirtschaftliche Zusammenarbeit), Alelejandro Roca (Lebensmittelindustrie), Juan Mario Junco (Bauwesen) und der Vizeminister für Auswärtige Angelegenheiten, Angel Dalmau.

Am letzten Abend seines Aufenthalts wurde der Ministerpräsident Höppner von Staatspräsident Fidel Castro zu einem Gedankenaustausch empfangen.



# Klaus Töpfer lobt Umweltarbeit auf der Insel

• Die Restaurierung von La Habana Vieja, bei der Landschaft und kulturgeschichtliche Traditionen berücksichtigt werden, zeigt wie die nationale Identität gewahrt wird, erklärte der Direktor des UN-Umweltprogramms

LILLIAM RIERA  
- Granma Internacional

• "IN Kuba besteht im Zusammenhang mit den Problemen der Umwelt ein hohes Niveau der Bildung und des Bewußtseins. Es war eine große Gelegenheit, hier gewesen zu sein und zu sehen, was für die Pflege der Umwelt getan wird", sagte Klaus Töpfer, der Direktor des UN-Umweltprogramms UNEP, in Havanna.

Töpfer, der knapp zwei Tage auf der Insel weilte, sagte vor Journalisten, er habe Präsident Fidel Castro zum Weltgipfel eingeladen, der 2002 in Johannesburg stattfinden wird. Er sei dabei davon ausgegangen, daß Fidel 1992 einer der Hauptredner auf dem Umweltgipfel von Rio de Janeiro war.

Der UNEP-Direktor kam am 5. Juni in die kubanische Hauptstadt, um an der feierlichen Begehung des Umweltwelttages teilzunehmen, für dessen Sitz neben den Städten Turin, in Italien, Hue, in Vietnam, und Nairobi, in Kenya, auch Havanna von diesem UN-Organ in Anerkennung der Errungenschaften bei der Erhaltung der Umwelt und der Förderung einer immer nachhaltigeren Entwicklung ausgewählt worden war.

Vor seiner Abreise wurde Töpfer im Capitol, dem Sitz des Ministeriums für Wissenschaft, Technologie und Umwelt, für seine Arbeit zugunsten der Umweltthematik die Kategorie eines verdienstvollen Forschers der Republik Kuba verliehen, wie Ismael Clark, der Präsident der Akademie der Wissenschaften, die Ehrung begründete.

Bei seinem kurzen Aufenthalt übergab der hohe Gast der NGO Cubasolar und der Pionierorganisation José Martí für ihre Projekte zur Anwendung erneuerbarer Energien und für die Förderung der Entwicklung einer Umwelt-erziehung den Preis Global 500.

Töpfer traf mit Persönlichkeiten der Insel zusammen und besichtigte die Altstadt Havannas. Der UNEP-Direktor lobte die Restaurierungsarbeiten, die hier im Gange



sind, bei denen die Landschaft und die kulturgeschichtlichen Traditionen des Volkes berücksichtigt werden, was - so stellte er fest - ein Zeichen dafür sei, daß die nationale Identität gewahrt werde.

Er berichtete von seinen Besuchen in anderen kubanischen Provinzen, wo er an Ort und Stelle sah, wie die Entwicklung des Tourismus in enger Verbindung mit der Natur gefördert werde, um die Ökosysteme so wenig

wie möglich zu stören, und welche Anstrengungen unternommen würden, um die Küsten zu erhalten.

Das UNEP, so fügte Töpfer an, sei sehr an der Erhaltung der Korallenformationen in der Welt interessiert, und er betonte, er habe die Arbeit kennenlernen können, die in Kuba in dieser Richtung geleistet werde.

Töpfer hielt eine Vorlesung über die Tätigkeit des vor 30 Jahren in Stockholm gegründeten UN-Organs,

dessen Verantwortung sehr weit gefaßt sei. Umweltarbeit sei eng verbunden mit dem Frieden in der Zukunft, stellte er fest.

Die Förderung einer nachhaltigen Entwicklung, der Kampf gegen Armut und Ungleichheit und der Versuch, die folgenschweren Konsummodelle einiger Industrienationen zu beseitigen, sind vorrangige Aufgaben des UNEP.

Hier erwähnte er die Gespräche, die zur Festlegung globaler Strategien (Konventionen) stattfanden, und die Protokolle über Einzelheiten bei der Umsetzung der Vereinbarungen.

Die klimatischen Veränderungen bezeichnete Töpfer als eine der größten Herausforderungen für die Menschheit. Die Entwicklungsländer hätten am meisten unter den Auswirkungen dieser Erscheinung zu leiden, und es sei die Zunahme der Erdtemperatur festgestellt worden.

Nach neuesten Untersuchungen der Regierungsgruppe für Klima-wechsel sind die Veränderungen in den Gletschern nicht das Ergebnis natürlicher Zyklen, sondern einer Anhäufung von Gasen, die infolge der Verbrennung von fossilen Brennstoffen durch den Menschen, die besonders in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts anstieg, einen Treibhauseffekt verursachen.

Der Direktor informierte, daß sich das UNEP auch für die Anwendung des wissenschaftlichen Fortschritts einsetze, um die begrenzten Ressourcen der Erde rationell zu nutzen. Es fördere zudem die Entwicklung von Umwelttechnologien zur Verringerung von Abfallstoffen, wodurch die Aufbereitungskosten niedrig gehalten werden könnten.

Bekannt wurde ebenfalls, daß an der Umweltbildung und an einer Umweltetikettierung gearbeitet werde, denn ein informierter Verbraucher könne den Hersteller beeinflussen und helfen, die Konsummodelle zu ändern.





# Wir haben die zwingende Pflicht, alle Formen der Korruption zu beseitigen

• **Carlos Lage stellte das neue Ministerium für Wirtschaftsprüfung und Kontrolle vor**

SUSANNA LEE - Granma

• DIE grundlegende Aufgabe des neuen Ministeriums ist es nicht, mehr Vergehen und Verstöße aufzudecken oder korrupte Beamte bzw. Mechanismen aufzuspüren, sondern diesen vorzubeugen. Es müssen alle aufgedeckt werden und zwar rechtzeitig, aber das Wichtigste ist es, die Zahl dieser Taten zu verringern. Dazu sei eine strikte Disziplin, eine rigorose Kontrolle und ein höheres revolutionäres Bewußtsein notwendig, erklärte Carlos Lage bei der Vorstellung des Ministeriums für Wirtschaftsprüfung und Kontrolle am Freitag, dem 1. Juni in der Schule des Ministeriums für Grundstoffindustrie.

In Anwesenheit der Leitungen aller Institutionen der zentralen Staatsverwaltung und Repräsentanten von Führungskräften, Angestellten und Arbeitern des neuen Ministeriums, das letzten April geschaffen wurde, erklärte der Sekretär des Exekutivkomitees des Ministerrates in seiner Rede, man müsse mehr Wert auf die Vorbeugung legen, die Bedingungen, die zu Unterschlagungen führten, beseitigen und energischer gegen alles vorgehen, was gegen die Moral und das Ansehen der Revolution gerichtet sei.

Unter den Bedingungen einer wachsenden Wirtschaft und mit einem Volk, das mit einem höheren Bewußtsein denn je vereint ist, gäbe es bessere Möglichkeiten als in jedem anderen Land, die Verbreitung der Korruption zu verhindern.

Es sei sicher, betonte er, daß es in der Leitung der Ministerien keine Fälle von Korruption gäbe und die Fälle, die in den mittleren Instanzen vorkämen, unterschieden sich sehr stark von denen, die man aus anderen Teilen der Welt kenne. Vieles, was man hier Korruption nenne, werde in anderen Ländern nicht als solche bewertet.

Die Korruption sei eine typische Erscheinungsform des kapitalistischen Systems und die Spei-

se, die es nähre. Sie stehe aber im totalen Gegensatz zum Sozialismus. Als Revolutionäre, als Kommunisten hätten wir die zwingende Pflicht, alle Formen der Korruption zu beseitigen. Wir müßten alle Werte vervielfachen, die die Revolution stärken und die wie ein Schutzschild wirken, gegen Vetternwirtschaft, Egoismus, Bequemlichkeit und sonstige Verhaltensweisen, die die das Aufkommen von korrupten Verhaltensweisen fördern. Wir müßten die Grundlagen schaffen, damit wir den zukünftigen Generationen eine gesunde, ernsthafte und nichtkorruptierbare Verwaltung hinterlassen, denn nur eine solche sei kompatibel mit einer Revolution wie der unseren.

In seiner Rede über die Arbeitsweise der Staatsverwaltung und das Verhalten der dort arbeitenden Führungskräfte erklärte er, die eben gegründete Behörde habe den Auftrag, diese umfassende Aufgabe zu bewältigen. Sie solle die Verwaltungsdisziplin bewahren und die Integrität der Verwaltungen, ihrer Leiter und Beamten fördern.

Das neue Ministerium werde weder selber kontrollieren, noch die Korruption verhindern, so Lage. Es werde von den Institutionen und Unternehmen fordern, dies zu tun und die Defizite aufzuzeigen, die dafür verantwortlich sind, wenn dieses Ziel nicht erreicht werde. Die Aufgabe betreffe jeden, sie sei permanent und man dürfe bei ihrer Bewältigung nicht nachlassen. Wir müßten in der Lage sein, eine Gewohnheit der Kontrolle und ein Klima der absoluten Ehrenhaftigkeit in jedem Arbeitskollektiv zu fördern und zu bewahren.

Zu Beginn seiner Rede bezifferte er die wichtigsten Ergebnisse, die die Umsetzung der Gesetzesverordnung 147 über die Umorganisation der Institutionen der zentralen Staatsverwaltung vom April 1994 erbracht haben. So wurden diese Institutionen von 50 auf 30 reduziert (mit dem neuen Ministerium sind es 31) und die Planstellen in diesen Institutionen von 23.840 auf 9.297, also um 61%, reduziert. Außerdem habe man schlankere, glattere und funktionalere Strukturen in den Leitungen erreicht. Diese Reorganisation, so Lage, müsse permanent vonstatten gehen.

Es gebe allerdings immer noch alte und schlechte Gewohnheiten, fehlende Flexibilität

bei den Antworten, es würden noch Kompetenzen delegiert, ohne daß eine unverzichtbare Kontrolle garantiert sei und es bedürfe noch einer Stärkung der kollektiven Arbeitsorgane. Es müsse auch garantiert werden, daß in letzteren die wichtigsten Entscheidungen getroffen würden.

Er erinnerte das Leitungspersonal daran, daß das Prinzip der engsten Verbindung zu den Massen systematisch angewandt werden müsse, da es ein Wesenszug der Revolution sei, wie uns Fidel mit seiner permanenten Praxis zeigt. Dabei gehe es nicht nur darum, an Veranstaltungen und Festakten teilzunehmen, sondern darum, mit den Arbeitern zu reden, ihnen Argumente zu liefern, Erklärungen zu bieten, sowie ihnen die Erfolge und Schwierigkeiten zu vermitteln. Man könne nicht nur mit Verwaltungsmethoden leiten, ohne mit den Arbeitern zu reden und sie zu verstehen.

Wir bräuchten fähiges und effizientes Leitungspersonal, erklärte er, aber vor allem müsse es ernsthaft und bescheiden sein. Ernsthaftigkeit und Bescheidenheit dürften auf keinen Fall fehlen und es dürfe auch kein Platz sein für Irrtümer bei den Einschätzungen. Man müsse darüber wachen, daß diese Werte dort wo wir leben und arbeiten vorherrschen und wir müssen sie von uns und unseren Untergebenen einfordern.

Während der Veranstaltung wurden vom Brigadegeneral Armando Quiñones des Innenministeriums verschiedene Fälle vorgestellt, bei denen Führungskräfte von Unternehmen in Korruptionsaffären verwickelt waren. Generalstaatsanwalt Juan Escalona erläuterte einen Fall eines leitenden Angestellten aus einem Betrieb zur Herstellung und zum Vertrieb von Schuhen. Bei diesem Angestellten und seiner Frau wurden u. a. zwei Autos der Marke Nissan und zwei Ladas beschlagnahmt. Außerdem noch vier Motorräder, drei Wohnungen, zahlreiche Elektrogeräte und fast eine halbe Million Peso in nationaler Währung.

Zu Beginn der Veranstaltung hatte die Ministerin für Wirtschaftsprüfung und Kontrolle die wichtigsten Arbeitsbereiche der neuen Behörde umrissen und die Vizeminister vorgestellt: Gladis Bejerano, Lilia Ezzuerra, Amando Diez und Reynol Pérez.



# Rückgang der Arbeitslosenquote auf 4% möglich

MARIA JULIA MAYORAL - Granma

• DAS Land unternimmt große Anstrengungen, die Arbeitslosenquote in diesem Jahr um 1,2 bis 1,3 Prozent zu senken, womit sich diese wichtige Kennziffer auf ca. 4% reduzieren könnte. Dies ist ein Zeichen für die wirtschaftliche Erholung des Landes, das mit der Schaffung neuer Dienstleistungsbetriebe und vieler anderer Optimierungsprozesse den Lebensstandard der Bevölkerung verbessert.

Präsident Fidel Castro bestätigte die Information nach einer Sitzung des Parlaments über Arbeitsmöglichkeiten in Kuba, ihre Entwicklung, die heutige Lage und die Perspektiven. Organisiert von der Kommission für wirtschaftliche Angelegenheiten der Nationalversammlung, nahmen daran Parlamentspräsident Ricardo Alarcón und der Abgeordnete Pedro Ross, Generalsekretär der Central de Trabajadores de Cuba, CTC; Alfredo Morales, der Minister für Arbeit und Sozialversicherung; Armando Pérez Betancourt, Exekutivsekretär der Regierungsguppe für die Optimierung der Unternehmen, und Luis Ignacio Gómez, der Minister für Erziehung, teil.

Jorge Heredia, der erste Vizeminister für Landwirtschaft, sprach über die Arbeitsalternativen in seinem Bereich. Funktionäre des Kommunistischen Jugendverbandes und Absolventen der Schule für Sozialarbeiter der Hauptstadt schilderten ihre Erfahrungen bei ihrer wichtigen Gemeindearbeit.

Die Sitzung bot den Teilnehmern einen lehrreichen Erfahrungsaustausch, die ausgehend von den Überlegungen und Feststellungen Fidels wichtige Informationen zu den laufenden Sozialprogrammen und Perspektivplänen in diesem Bereich erhielten.

Der Präsident sagte vor Journalisten, er sei optimistisch und freue sich über die Arbeit der Absolventen des ersten Notkurses für Grundschullehrer und des Kurses für Sozialarbeiter in der Hauptstadt. Es sei jedoch angebracht, den vollen Umfang und die Ergebnisse dieser Bemühungen zunächst nicht zu veröffentlichen. Wichtig sei vor allem, daß die Familien, besonders aber die Jugendlichen und Kinder, die Veränderungen und den persönlichen Nutzen spürten.

„Wir können allen Jugendlichen Arbeit geben, wenn sie eine Ausbildung vorweisen können. Sie ist die Grundvoraussetzung, das A und O. Und wir sind dabei, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß alle diese Ausbildung erhalten können“, betonte er.

Wenn auch heute das Thema Arbeitsplätze immer noch kompliziert sei, sagte Fidel, so biete doch unsere sozialistische Gesellschaft vie-



Die städtische Landwirtschaft bietet ein großes Potential zur Schaffung von Arbeitsplätzen

le Möglichkeiten zur Erweiterung der Arbeitsplatzkapazitäten, ganz besonders im Dienstleistungsbereich. Ein Beispiel sei der Plan, ab 2002 die Grundschulklassen auf 20 Schüler zu reduzieren, um die Qualität des Unterrichts, das Verhältnis zu Schülern und Eltern zu verbessern, und gleichzeitig Tausende von Arbeitsplätzen zu schaffen.

Er verteidigte die These, daß es in einer rationalen Gesellschaft keine Arbeitslosen geben dürfe, warnte aber gleichzeitig davor, die Angelegenheit nur anhand der nackten Zahlen zu analysieren. Es sei un-

umgänglich, jeden betroffenen Jugendlichen, jede betroffene Person anzusprechen und seine Ausbildung und Interessen zu kennen.

Nach Aussagen des Arbeitsministers sollen in diesem Jahr 173.000 feste Arbeitsplätze in den östlichen Provinzen entstehen, wobei Jugendliche und Frauen den Vorrang haben. Das Programm für dieses Territorium erlaubte es, im vergangenen Jahr 140.800 Arbeitsplätze zu schaffen, 27,7 Prozent davon für Frauen. Das Defizit sei weiterhin groß, besonders in Bayamo, Manzanillo, Santiago de Cuba, Palma

Soriano, Guantánamo, Caimanera und Baracoa.

Als eine gute Alternative bezeichnete Morales die Bereitstellung von 3.000 Hektar für die städtische Landwirtschaft in diesen fünf Provinzen, womit 60.000 feste Arbeitsplätze geschaffen und die Versorgung der Familien mit Gemüse verbessert würden. In Sagua la Grande (Villa Clara), Nuevitas (Camagüey) und Moa (Holguín) soll ähnlich vorgegangen werden.

Die Auswirkungen der Unternehmensoptimierung auf die Arbeitsplätze wurde von Armando Pérez Betancourt angesprochen. Er betonte, das neue System der Leitung und Verwaltung bewirke nicht, daß ständig Arbeitsplätze abgebaut würden, wie einige Spezialisten meinten. Dieses System sei im Gegenteil ein ständiger Prozeß der Steigerung der Effizienz und Produktion, und auch der Schaffung neuer Arbeitsplätze. In den 133 Betrieben, die schon die neue Form des Management übernommen haben, seien von insgesamt 113.580 Beschäftigten nur 3.912 (3,4%) freigesetzt worden, wobei der größte Teil von ihnen eine andere Arbeitsstelle zugewiesen bekam.

Der Forstbetrieb in Baconao konnte z. B. durch das neue System 150 Arbeitsplätze für Frauen in der Handfertigung von Möbeln schaffen, für die eine große Nachfrage besteht.

Auch in der Landwirtschaft böten sich viele Möglichkeiten. Vizeminister Jorge Heredia erklärte, von 1997 bis 2000 seien in den östlichen Provinzen 132.831 Arbeitsplätze in der städtischen Landwirtschaft sowie im Anbau und in der industriellen Verarbeitung von Tabak geschaffen wurden. Für dieses Jahr seien in dem Bereich weitere 114.120 neue Arbeitsplätze vorgesehen, 88.311 davon im Osten der Insel.

Der Erziehungsminister bezog sich auf die Veränderungen in der Weiterbildungspolitik, um dem wirtschaftlichen und sozialen Bedarf des Landes gerecht zu werden. Als äußerst wichtig bezeichnete er hierbei die zunehmende Ausbildung von Jugendlichen zu Finanzbuchhaltern und Informatikern, Krankenpflegern, Grundschullehrern und Erziehern für Kindergärten.

Pedro Ross äußerte die Meinung der Gewerkschaft zur Schaffung von Arbeitsplätzen und bezog sich auf die Beschlüsse und Erklärungen der Arbeiterbewegung auf ihrem kürzlich beendeten 18. Kongreß als ein Beispiel des Vertrauens der Beschäftigten in die ständige Sorge der Regierung, Lösungen für jedes Problem zu finden.



## US-UNTERNEHMEN



**Kirby Jones, Präsident der Alamar Associates, Mitte, Marta Lomas, Ministerin und Ernesto Senti, Vizeminister für Ausländische Investitionen**

# Interesse an Geschäften mit der Insel steigt

• **“Es gibt kein kubanisches Gesetz, daß US-Investitionen verbietet, es ist die Blockade, die weit davon entfernt ist, flexibler geworden zu sein. Statt dessen wurde sie verschärft”, erklärte Ricardo Alarcón vor Vertretern von 40 US-Firmen beim 5. Unternehmertreffen beider Seiten**

• DAS Interesse von US-Unternehmen an dem Prozeß der Öffnung für ausländisches Kapital in Kuba steigt an. Es gibt kein kubanisches Gesetz, daß Investoren aus diesem Land ausschließt, es ist einzig die Blockade, die es ihnen verbietet, Geschäfte auf der Insel zu machen.

Im Gespräch mit den circa 50 Teilnehmern des 5. Unternehmertreffens USA-Kuba in Havanna betonte Parlamentspräsident Ricardo Alarcón, die einzige Form, diese Situation zu normalisieren, sei es, daß sich die Regierenden dieses Landes dafür entscheiden, ihre Politik gegen die Insel zu beenden und die Gesetze, die in der Praxis normale wirtschaftliche Beziehungen wie mit jedem anderen Land verhindern, aufzuheben.

Das Treffen, an dem mehr als 40 US-Unternehmer aus den Branchen Bauwesen, Kommunikation, Verkehrswesen, Chemie, Pharmazie und anderen teilnahmen, wurde von der Alamar Associates, dem Consultingunternehmen Cristóbal und dem Zentrum zur Förderung von Investitionen in Kuba veranstaltet.

Der ständige Sekretär des Lateinamerikanischen Wirtschaftssystems, Otto Boye, war ebenfalls anwesend und auch verschiedene Vertreter der Europäischen Union sowie von ausländischen Firmen, die auf der Insel vertreten sind.

Im Unterschied zu den früheren Treffen dieser Art wurde der erste Teil nicht in Cancún in Mexiko

durchgeführt, sondern es wurde vollständig in Havanna abgehalten.

“Die Blockade ist kein Embargo”, erklärte Alarcón, und unterstrich dabei, daß sie nicht nur den Handel der Nation im Norden mit der Insel verhindere, sondern daß sie sich über den Erdball ausdehne und diejenigen verfolge, die mit Kuba Handel trieben oder dort investierten.

Im Ergebnis dieser Gesetze bekäme die Insel weniger für das was sie verkaufe und müsse mehr für das bezahlen, was sie kaufe, zusätzlich zu den Transportkosten. “Zur Zeit ist Kuba das einzige Land, dem die USA keine Lebensmittel und keine Medizin verkaufen können und von dem sie natürlich auch keine kaufen können.”

Die im letzten Jahr vom Kongreß verabschiedete Gesetzgebung zu diesem Thema “verschärfte die Blockade und verkehrte die Initiative einiger landwirtschaftlicher Sektoren, entsprechende Beziehungen zuzulassen, in ihr Gegenteil”.

Neben den 120.000 US-Kubanern, die im Jahr 2000 legal nach Kuba reisten, kamen noch 80.000 US-Bürger auf die Insel, die Mehrheit von ihnen illegal, hatte laut AFP kürzlich der kubanische Außenminister Felipe Pérez Roque erklärt.

Philip Peters, Vizepräsident des Lexington-Instituts (eine der berühmten Denkfabriken der USA) und Teilnehmer an der Veranstaltung, erkannte an, daß die Politik gegenüber Kuba nicht funktio-

niere und geändert werden müsse, “denn sie vertritt nicht unsere Interessen”.

Obwohl in Teilen des Parlaments, in der öffentlichen Meinung, bei vielen Experten und bei ehemaligen hohen Vertretern von US-Regierungen der Wunsch vorherrsche, das Embargo (die Blockade) zu beenden, “so sehen wir doch noch nicht den Moment gekommen und die Bedingungen geschaffen, um diesen Schritt durchzuführen”. Busch habe öffentlich erklärt, er werde die Politik gegenüber Havanna nicht ändern bis dort nicht politische und wirtschaftlich Änderungen vollzogen würden, die ihn befriedigen.

Kirby Jones und Nicola Cecchi, die jeweiligen Präsidenten der Firmen Alamar Associates und der italienischen Consultingfirma Cristóbal, stimmten darin überein, daß dieses Treffen “ein voller Erfolg war”.

Nach Meinung von Jones tragen diese Versammlungen dazu bei, sich frühzeitig auf den Tag vorzubereiten, wenn die Handelsbeziehungen zwischen Washington und der Insel sich normalisieren. “Der Veränderungsprozeß Kubas ist sehr dynamisch und es geht darum, die professionellen Beziehungen aufrechtzuerhalten, um sich gegenseitig besser zu verstehen.”

Der Vorsitzende der Alamar Associates bewertete die Versammlung positiv, weil sie seiner Meinung nach den Besuchern mehr Zeit gegeben habe, um die Insel kennenzulernen, ihre Situation und die Möglichkeiten, die sie biete.

“In die USA dringen keine Informationen darüber, was im Unternehmenssektor der Karibikinsel vor sich geht”, sagte er. Außerdem hätten die Investoren aus den USA ständig mehr das Gefühl, angesichts der europäischen Unternehmen, die schon auf der Insel arbeiten, Möglichkeiten zu verlieren.

Jones unterstrich, trotz der harten Linie des Präsidenten Bush seien in diesem Jahr dem Kongreß schon mehr als ein Duzend Gesetzentwürfe vorgelegt worden, die eine Entschärfung der in Kraft befindlichen Gesetzgebung gegen die Insel zum Ziel hatten.

Das wichtige sei, betonte er, daß die US-Amerikaner verstünden, daß es in Kuba einen Prozeß gebe, der sich von den Erfahrungen in Rußland und der anderen ex-sozialistischen Länder sowie der Nationen der Karibik unterscheide. Es sei dabei ausgesprochen wichtig, daß die Unternehmer seines Landes wüßten, wer die für die Geschäfte zuständigen Personen seien und daß sie zu diesen Beziehungen aufnahmen.

Nicola Cecchi versicherte, es sei interessant gewesen, daß “Geschäftsleute aus den USA die Möglichkeit gehabt haben, Erfahrungen mit den in Kuba ansässigen ausländischen Unternehmern auszutauschen”.

Während des Treffens haben die Besucher die wirtschaftliche Situation des Landes kennenlernen können, “die sich in einem unumkehrbaren Prozeß der Gesundung befindet”, sagte Marta Lomas, die Ministerin für Ausländische Investitionen und Wirtschaftliche Zusammenarbeit. Außerdem besuchten sie interessante Einrichtungen, wie die Anlegestelle für Kreuzfahrtschiffe im Hafen Havannas, das Wissenschaftszentrum im Westen der Hauptstadt und touristische Einrichtungen.

In der Zigarrenfabrik Partagas sahen die Teilnehmer vor Ort, wie die berühmten puras gedreht werden. Raffaello Pellegrini, Vizepräsident der Firma Cristóbal, lobte die Zigarren wegen ihrer Qualität, “an der kein Zweifel besteht”, und betonte, in den USA sei es sehr schwierig, an diese Produkte heranzukommen.





Die sieben Sieger: Bartelemí, Rigondeaux, Aragón, Solís, Austin, Luna und Kindelán

Von Houston nach Belfast

# Die Gerechtigkeit siegte

## • Fidel empfing die Weltmeister von Belfast

TEXT UND FOTOS: ANNE-MARIE GARCIA - für Granma Internacional

• "WIR möchten Ihnen, Herr Präsident, und dem Volk sagen, daß die Siege, um die man uns vor zwei Jahren in Houston brachte, wieder im Vaterland sind", erklärte Sarvelio Fuentes, der technische Leiter der kubanischen Boxmannschaft, als sie von Präsident Fidel Castro auf dem Internationalen Flughafen in Havanna empfangen würde.

Die Boxer der Insel erkämpften sich bei den Weltmeisterschaften in Belfast sieben Gold- und zwei Bronzemedailles und lagen in der Mannschaftswertung mit 62 Punkten vorn.

"Wir sind nicht erneut Weltmeister. Wir sind es auch in Houston immer gewesen, trotz des Schrotts, den sie dort veranstalteten", sagte Fidel, der sich auf den Rückzug der kubanischen Mannschaft bei den Box-

weltmeisterschaften 1999 in den USA bezog. Sie protestierte damit gegen die Willkürmaßnahmen der Schiedsrichter, die "einer mächtigen Mafia" angehörten, die die Boxer der Insel um den Sieg brachte.

"Hätten wir diese Niederträchtigkeit nicht aufgedeckt, wären die Maßnahmen nicht getroffen worden, die es ermöglichten, die Kapazität unserer Boxer zu zeigen. Sie hätten uns eigentlich den Pokal zurückgeben müssen, damit die Korrektur vollständig gewesen wäre", ergänzte er.

Fidel Castro lobte den Wettkampf in Belfast: "Meines Erachtens war es der gerechteste, den ich je gesehen habe", und er fügte an: "Sie mußten die Sache richtig stellen, wenn sie die AIBA (Internationaler Amateurboxverband) nicht zerstören wollten.

"Das ist der Sport, den wir lieben, ein Boxen, das nicht brutal ist und nicht zum Tod führt", schloß Fidel.

Der sechsfache Weltmeister Félix Savón, dem ein siebter Titel in Houston entrissen wurde, erklärte bei seiner Ankunft, die Goldmedaille seines Nachfolgers Odlanier Solís (91 kg) in Belfast gebe ihm das Gefühl, seinen verlorenen Titel zurückgewonnen zu haben. Savón - auf dem Foto mit Fidel und dem Präsidenten des Sportinstituts INDER, Humberto Rodríguez - gehörte bei diesen Weltmeisterschaften zur Gruppe der Trainer der kubanischen Mannschaft



## Dritte Baseballmeisterschaft in Folge für Santiago

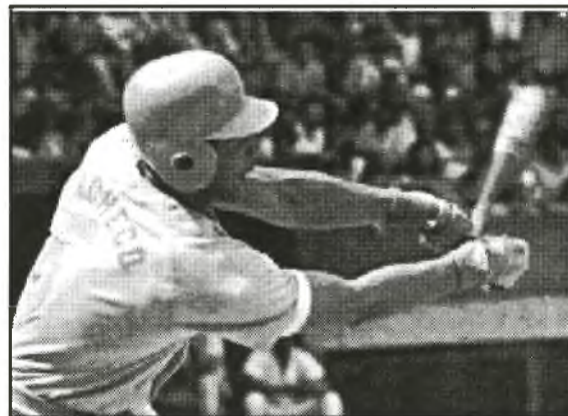
• DIE Mannschaft von Santiago de Cuba ist zum dritten Mal in Folge als Sieger aus der nationalen Baseballmeisterschaft hervorgegangen, eine Leistung, die bisher nur Villa Clara in den Jahren 1993, 1994 und 1995 gelang. Die Stadt im Osten der Insel stand nach dem Erfolg Kopf. In der 40. Serie, die als eindrucksvollste und bestorganisierte bezeichnet wurde, gewann die Mannschaft 66 Spiele.

Santiago spielte in dieser Meisterschaft 105 Begegnungen. In der Qualifikation hatte es die Mannschaft nicht ganz leicht, doch sie kam weiter. Im Viertelfinale konnte sie das Team von Granma mit 3 : 1, und im Halbfinale das von Camagüey mit 4 : 2, schlagen.

Das Endspiel gegen Pinar del Río, die auch im letzten Jahr ihr Finalgegner waren, so glaubte man, würde das letzte Spiel sein, aber die Offensive Santiagos brillierte in jeder Begegnung und unterstützte so die Werfer Norge Luis Vera, Ormari Romero und Danny Betancourt.

Vera, der größte Gewinner im Play off, mit fünf Erfolgen und einer Schlappe, war zweifellos der beste Werfer der gesamten Meisterschaft. Rolando Meriño dagegen wurde mit dem Schläger in der Hand zur Geisel für Pinar del Río und half so, die Meisterschaft zu verteidigen.

Die Saison, in der ein Holzschläger und der schnelle Mizuno-150-Ball benutzt wurden, katalpultierte Figuren der Zukunft nach oben wie etwa den rechtshändigen Werfer Danny Betancourt, der mit seinen 19 Jahren den Werferhügel begnadet beherrschte.



Der legendäre Antonio Pacheco entschied das letzte Spiel mit einem Lauf mit vollen Malen

Von den Anfängern brach Pedro José Rodríguez mit 15 Läufen in einer Saison den Rekord seines Vaters, des heutigen Mannschaftskapitäns der Perle des Südens.

Mutig waren, neben anderen, auch die Neulinge Juan Miguel Miranda, aus Pinar del Río, und Leslie Anderson, aus Camagüey.

Erfolgreich in der Saison waren ebenfalls der linkshändige Werfer aus Mantua in Pinar del Río, Faustino Corrales, der in einem einzigen Spiel 22 Schläger unwirksam machte. Er ist der einzige aktive Werfer, der 2.001 Gegner im Wettkampf eliminierte. Antonio Pacheco wurde Spitzenreiter bei den Homeruns und Dobles.

Tausende von Baseballfans füllten die Stadien. Beim letzten Wettkampf im Guillermón-Moncada-Stadion, in Santiago de Cuba, waren ca. 30.000 Zuschauer anwesend. (AIN)



Preis Prinz von  
Asturien 2001

# Doris Lessing für ihre Verteidigung der Dritten Welt ausgezeichnet

• MADRID.- Der britischen Schriftstellerin Doris Lessing wurde der Preis Prinz von Asturien 2001 für Literatur für ihr hervorragendes Werk zur Verteidigung der Freiheit und der Sache der Dritten Welt verliehen.

Als eine der bedeutendsten Vertreterinnen der britischen Literatur der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts hat sie ein Werk mit einem fortschrittlichen und antikolonialistischen Ton und einem autobiographischen Hintergrund geschaffen.

Die Jury ehrte in ihr die Schöpferin einer imaginären Alltagswelt, eine der "umstrittensten Figuren der Weltliteratur" und eine "leidenschaftliche Freiheitskämpferin".

"Doris Lessing scheute in ihren Engagement für die Sache der Dritten Welt keine Mühe, sowohl aus literarischer Sicht als auch aus der persönlichen Erfahrung einer gewagten Biographie," begründete die Jury.

Ihre Gestalten, Kinder der zeitgenössischen Gesellschaft, sind eine

treue moralische Widerspiegelung des 20. Jahrhunderts, wobei in ihren Romanen besonders die Frauen herausragen.

1919 in Kermansha (Iran) geboren, wo ihr Vater als Offizier des britischen Heeres diente, lebte sie später 25 Jahre in Afrika, bevor sie Ende 1949 nach London zurückkehrte. Die britische Autorin veröffentlichte in über 50 Jahren rund 30 Romane.

Nach England kam sie mit dem Manuskript ihres ersten Werkes unterm Arm, *The Grass is Singing* (Afrikanische Tragödie), eine Hymne auf die Freiheit und ein Protest gegen die Rassenpolitik in Afrika.

Die britische Autorin profilierte sich als höchste Favoritin für die Auszeichnung, die mit fünf Millionen Peseten (25.000 USD), einer Skulptur von Joan Miró, einer Urkunde und einem Ehrenzeichen dotiert ist.

Die Jury wählte sie aus einer Liste von 36 Anwärtern aus Argentinien,



Brasilien, Kolumbien, Kuba, Ägypten, USA, Frankreich, Ungarn, Libanon, Marokko, Mexiko, Peru, Polen, Portugal, Großbritannien, Uruguay, Venezuela und Spanien aus.

Unter den Finalisten waren außer ihr die US-Amerikanerin Susan Sonntag, der Peruaner Alfredo Bryce Echenique und die Spanierin Ana María Matute.

Wichtige Romane sind *The Golden Notebook* (Das goldene Notizbuch, 1962), *A Man and Two Women* (1963), der Roman-Zyklus *The Children of Violence* (Kinder der Gewalt, 1964-1969), *Briefing for a Descent into Hell* (Anweisungen für einen Abstieg zur Hölle, 1971) und *If the Old Could* (1984).

Außerdem veröffentlichte sie auch andere sehr interessante Arbeiten wie eine Autobiographie in zwei Bänden: *Under my Skin* (1994) und *Walking in the Shade* (1997).

Der Preis Prinz von Asturien, der im vergangenen Jahr an den guatemaltekischen Schriftsteller Augusto Monterroso ging, erkennt die Arbeit einer Person, Gruppe oder Einrichtung an, die "ein wichtiger Beitrag für das Schaffen und die Forschung in den Bereichen Linguistik und Literatur ist".

Dies ist der fünfte Preis Prinz von Asturien des Jahres 2001. Die Stiftung Prinz von Asturien vergibt jährlich acht Preise. (AFP)



## Die zwei Gesichter der UFA

PEDRO DE LA HOZ - Granma

• EIN Blick auf die dreißig Filmplakate der deutschen Universum Film AG - besser bekannt unter dem Kürzel UFA - die im Foyer des Kinos La Rampa, in Havanna, aushängen, läßt Größe und Verfall eines der interessantesten Filmabenteuer des 20. Jahrhunderts erkennen.

Auf der einen Seite ist der Glanz einer ästhetischen neuen Grafik erkennbar, die auf der Leinwand stattfand. Auf der anderen fällt der Manichäismus auf, mit dessen Symbolik die meisten, der Naziideologie nahen Filme angekündigt wurden.

Die UFA ereilte sowohl in ihren Filmen als auch in ihren Plakaten das gleiche Schicksal wie das deutsche Volk von 1917 bis 1945. Was als ein zur größten Ausdrucksfreiheit ermutigendes Vorhaben begann, endete als Anhängsel des

Propagandaapparates des Dritten Reiches.

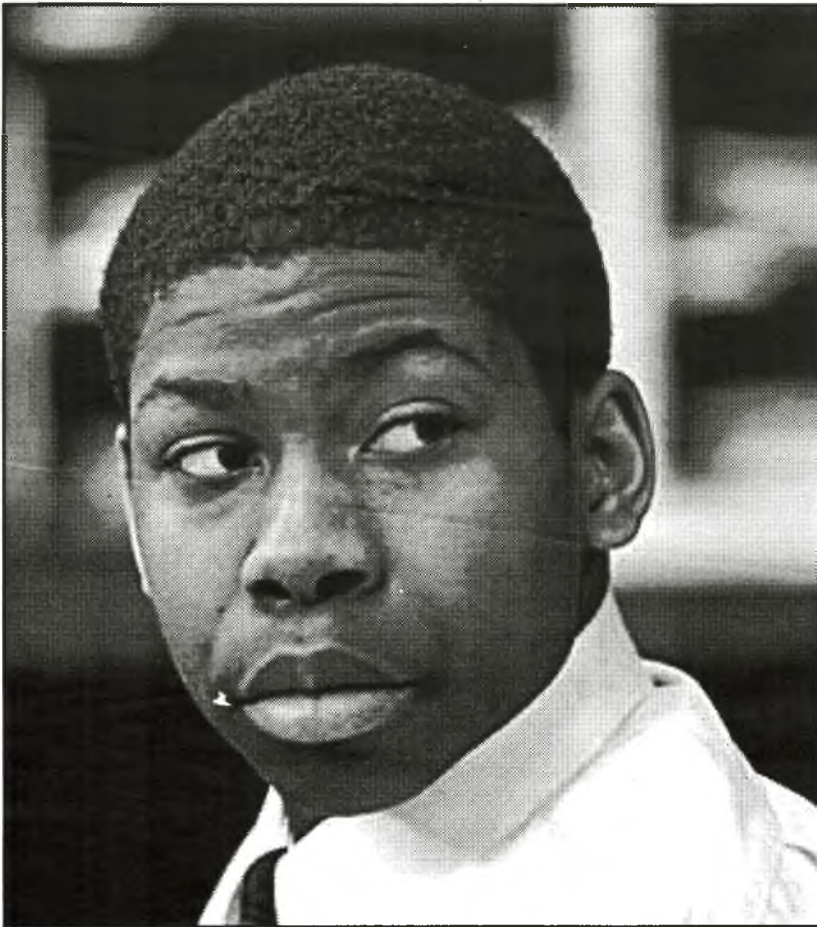
Die Ausstellung, die das Goethe-Institut, das Museum für Kinematographie der Deutschen Kinemathek Berlin, und die Nationalbibliothek Österreichs, mit Unterstützung der BRD-Botschaft in Kuba und der Cinemateca de Cuba ausgerichtet hat, ist eine Lektion in Ästhetik und Geschichte.

Der Betrachter verfolgt in Gedanken die Spuren Paul Lubitschs in *Carmen* und *Madame DuBarry*, F.W. Murnaus in *Faust*, und Fritz Langs in *Metropolis*, und die der immer geliebten Marlene Dietrich unter dem anzüglichen Blick des armen Professors Unrat, dargestellt von Emil Jannings, in *Der blaue Engel*, von Josef von Sternberg, gemeinsam mit dem Hinweis auf eine Vergangenheit, die sich nicht wiederholen darf: die der unrühmlichen vulgären Bilder, die, als die UFA unter die Kontrolle des abscheuli-

chen Josef Goebbels geriet, die Naziideologie verbreiteten.

Nach der Eröffnung der Ausstellung konnte das Publikum an einem kuriosen Erlebnis teilnehmen: Es wird der Film *La habanera* gezeigt, dessen Regie die UFA Detlef Sierck übertrug. Es handelt sich um eine Liebesgeschichte und das große Heimweh einer Schwedin in der Karibik. Dabei ist auf zwei Einzelheiten zu achten. Erstens: Zarah Leander, die Hauptdarstellerin, war der Star der UFA, als diese Marlene Dietrich verloren hatte. Zweitens gab der Film dem Regisseur, der für die Dreharbeiten die Kanarischen Inseln auswählte, die Möglichkeit, dem Antisemitismus der Nazis zu entfliehen. Seine Ehefrau war Jüdin. Nachdem er dann in die USA emigriert war, wurde aus Detlef Sierck Douglas Sirk, der Regisseur von *Engel ohne Flügel* (1957) und *Imitation des Lebens* (1960).





Nathaniel Brazzil erwartet eine Gefängnisstrafe zwischen 25 Jahren und lebenslänglich

# Lebenslänglich für 14-jährigen?

• DIE polemische Auseinandersetzung über die gerichtliche Behandlung von Kindern in den USA verschärfte sich mit dem Fall des 14-jährigen Nathaniel Brazzil, der zu 25 Jahren oder lebenslänglicher Gefängnisstrafe verurteilt werden soll, nachdem ihn das Gericht von West Palm Beach, in Florida, am 16. Mai des Mordes schuldig sprach.

Nathaniel Brazzil war 13 Jahre alt, als er am 26. Mai 2000 auf seinen Lehrer Barry Grunow schoß, der ihm den Eintritt in die Klasse verwehrte, wo er sich von seinen Freunden am letzten Schultag verabschieden wollte.

An dem Tag war der Junge aus der Lake Worth Middle School

ausgeschlossen worden, weil er Wasserbomben geworfen hatte. Zwei Stunden später kehrte er auf seinem Fahrrad mit einem Revolver, der seinem Großvater gehörte, zurück.

Wenngleich man ihn schuldig sprach, befand das Gericht, der Schuß auf den Lehrer sei nicht vorsätzlich abgegeben worden, und der Angeklagte habe einen Moment an Verwirrung gelitten.

Als man ihn während der Vernehmung nach der Waffe fragte, antwortete Brazzil, daß er sie nur bei sich trug, "sie aber nicht benutzen" wollte. Er gab aber zu, wütend gewesen zu sein über die Art, mit der ihm Grunow

verweigerte, die Klasse zu betreten. Jener habe ihn weggestoßen und gesagt, er solle verschwinden, "mit einem Grinsen, das mich aufbrachte. Ich glaube, ich zog die Waffe, alles an mir zitterte, ich konnte sie kaum halten", erzählte er.

Die Verteidigung bestand darauf, daß der Tod des Lehrers, Brazzils "Lieblingslehrer", ein Unfall gewesen sei. Die Gesetze Floridas, wie die einiger anderer Bundesstaaten, verlangen, einen Minderjährigen "wie einen Erwachsenen zu behandeln und zu verurteilen", wenn es sich um ein Vergehen handelt, das mit der "Todesstrafe oder lebenslänglicher Haft geahndet werden kann". Ein Jugendlicher von 17 Jahren darf in Florida nicht zum Tode, aber zu lebenslänglicher Haft verurteilt werden.

"Das ist ungerecht. Alle Kinder müssen eine zweite Chance bekommen", erklärte Nathaniels Vater.

Das System, Minderjährige wie Erwachsene zu verurteilen, begründet sich technisch auf "die Art des begangenen Verbrechens, aber berücksichtigt nicht die Unfähigkeit des Kindes, die Schuld, die es sich auferlegt, zu begreifen und sich zu verteidigen", so der Strafverteidiger Geoffrey Fieger.

Bei einer CNN-Debatte vertrat Fieger die Ansicht, "wer Kinder ins Gefängnis bringt, macht sie erst recht zu Schwerverbrechern".

Da Nathaniel wie ein Erwachsener behandelt wurde, wurde ihm während der Verhandlung nicht einmal der Schutz der Intimität gewährt, wie es sonst bei Kindern der Fall ist. Seine Aussage wurde von den großen Medien an erster Stelle direkt übertragen.

Einige Beobachter bezeichneten die Vorgehensweise als "Gerichtsshow", die eher einer Talkshow als einer Gerichtsverhandlung glich.

Laut EFE, die sich auf Äußerungen des Richters Richard Wennets bezieht, der den Fall behandelt, wird das Urteil über den Jungen am 29. Juni gefällt.

"Was auch immer in dieser Verhandlung geschehen mag, dieses Kind wird nie wieder normal leben können", meinte Rechtsanwalt Fieger angesichts der großen Publizität des Prozesses.

Mit zwei anderen Minderjährigen von 14 und 15 Jahren, die wegen Mordes ersten Grades angeklagt waren, wurde ebenfalls wie mit Erwachsenen umgegangen. Im März verurteilte man sie zu lebenslänglicher Gefängnisstrafe.

## UN-Versammlung über Palästina in Havanna

### Die USA sind Komplizen der israelischen Repression

• EINE positive Haltung zur Wiederaufnahme des Friedensdialogs überwog in der UN-Versammlung für Lateinamerika und der Karibik zu Palästina, die im *Palacio de las Convenciones*, in Havanna, stattfand.

Die Teilnehmer, unter ihnen ein Vertreter von UN-Generalsekretär Kofi Annan, äußerten die Notwendigkeit, eine Lösung des Konflikts in Nahost anhand der international gültigen Beschlüsse zu finden.

Sie waren sich darin einig, von der Regierung des israelischen Premierministers Ariel Sharon die Einhaltung der Resolutionen 242 und 338 des UN-Sicherheitsrates zu fordern, nach denen der jüdische Staat die seit 1967 gültigen Staatsgrenzen zu achten hat.

Auf dem Treffen klagte Kubas Außenminister, Felipe Pérez Roque, die Komplizenschaft Washingtons an der repressiven Politik der Regierung in Tel Aviv gegen die Palästinenser an.

Er erinnerte daran, daß die USA am 27. März als ständiges Mitglied des UN-Sicherheitsrates das Veto-Recht gebrauchten und so die Entscheidung einer Schlichtungskommission in den Mittleren Osten vereitelten.

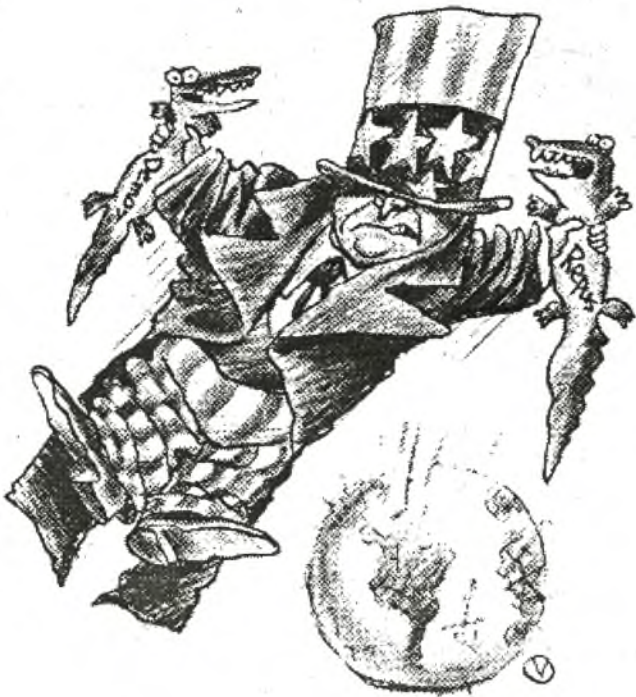
In 22 Fällen habe Washington das den Großmächten gewährte Recht angewendet und damit das Handeln des Sicherheitsrates zugunsten Palästinas verhindert, ergänzte Pérez Roque.

Der ständige Sekretär des Außenministeriums von Uganda, Ralph Ochan, der die Versammlung in Havanna leitete, verurteilte die israelische Gewalt gegen die Bevölkerung Palästinas.

"Der Tod von über 400 Personen und Hunderte von Verletzten weisen uns auf die Notwendigkeit hin, dieser Situation Einhalt zu gebieten, da sie sich zu verschärfen droht, wenn wir nicht sofort etwas dagegen tun", betonte der UNO-Funktionär.

Palästinas Außenminister, Farouk Kaddoumi, bedankte sich bei Präsident Fidel Castro und dem kubanischen Volk dafür, ihr Territorium ein weiteres Mal als eine internationale Tribüne zur Anklage gegen die Gewalttätigkeit Israels zur Verfügung gestellt zu haben. (Prensa Latina)





# Das Geständnis eines Krokodils

FELIX LOPEZ - Granma

• ALS Hauptdarsteller in der übertrieben gespielten Rolle eines ökologischen Präsidenten besuchte George W. Bush die Everglades, den größten Nationalpark der USA. Dort versprach er, so als könne man die Schulden des Kapitals gegenüber der Natur mit einem Federstrich beseitigen, 219 Millionen Dollar des Staatshaushalts in die Erhaltung dieses für die gesamte Welt wichtigen Ökosystems zu investieren.

Zur gleichen Zeit, aber Tausende von Kilometern von Florida entfernt, gewann ein brasilianisches Kind den ersten Preis in einem Wettbewerb einer Zeitschrift für Umweltschutz. In einem kurzen Text, der die Tragik des Amazonasgebiets treffend beschreibt, schaffte es das sechsjährige Kind ein ergreifendes Bild seines Volkes zu liefern: "Es fahren mit Baumstämmen beladene Schiffe ab, und es kommen mit Autos beladene Schiffe zurück."

Aber die sogenannte Lunge des Planeten, die zigmal größer und reicher ist als die Everglades, bekam nicht einen einzigen Cent zum Umweltwelttag "geschenkt". Weiß Bush etwa

nicht, daß die meisten Erz- und Holzunternehmen, die dem Wald am Amazonas Tag für Tag Gewalt antun, aus seinem Land stammen? Fließt nicht all das Geld, das aus der Natur des Südens gesaugt wird, in die Banken des Nordens?

Über dieses Thema wird kein Wort verloren. Ebenso ist niemand so freundlich gewesen, den wenigen überlebenden Yanomanisindianern zu erklären, weshalb man sie gezwungen hat ihr Land zu verlassen und wer 1998 für die riesigen Waldbrände in der Region Roraima verantwortlich gewesen ist. Kurz darauf füllte sich das letzte Paradies der Yanomanis mit Viehzüchtern und Holz-, Gold- und Drogenschmugglern. Alles Weiße, alle zivilisiert...

Die ökologische Verarmung des Planeten wird von den Mächtigen in ihren Reden als die Schuld aller dargestellt, obwohl die Statistiken aussagen, daß 75 Prozent der Verbrechen an der Natur von 25 Prozent der Menschheit begangen werden. Alle haben wir "Schuld" an der Vergiftung der Atmosphäre, obwohl jeder Nordamerikaner durchschnittlich 22 mal mehr

die Luft mit Kohlenstoff verweht als ein Hindu, und 13 mal mehr als ein Brasilianer.

Aber die für diese Zahlen verantwortlichen Unternehmen gehören an erster Stelle zu denen, die das meiste Geld machen. Und sie geben auch das meiste Geld für Werbung (die durch Zauberei die Umweltverschmutzung in Nächstenliebe verwandelt) und die kleinen "uneigennütigen" Hilfen für die Politiker aus, die das Schicksal der Länder der Welt entscheiden.

Die Scheinheiligkeit verandelte sich schließlich in Giftmüll: die Gruppe General Electric, Eigentümer der vier Unternehmen, die die Umwelt am meisten verschmutzen, ist der größte US-Hersteller für Ausrüstungen zur Kontrolle der Luftverschmutzung. Der multinationale Riese Westinghouse, der sein Brot mit dem Verkauf von Kernwaffen verdient, bietet gleichzeitig Millionen teure Ausrüstungen zur Reinigung seines eigenen radioaktiven Mülls an.

1992, als Fidel die Welt zur Rettung des Planeten aufrief, weigerte sich ein anderer der Regierungschefs auf dem Gipfel von Rio de Janeiro, der damalige Präsident George Bush, die Konvention über die Biodiversität im Namen der im obigen Absatz erwähnten Mächtigen mit der Rechtfertigung zu unterzeichnen: "Wichtig ist, unsere Rechte, die Rechte unserer Geschäfte, zu schützen."

Dieser Tage wies Jonathan Ullman, der Vertreter der ökologischen Organisation Sierra Club im Süden Floridas auf das recycelte Nein des anderen Bush hin und versicherte: "Die Politik des Präsidenten in den ersten Monaten seiner Regierung ist eine Gefahr für die Umwelt".

Ullmann zufolge sind die Weigerung des jetzigen Präsidenten, das Protokoll von Kyoto über die Erderwärmung zu unterzeichnen, der Wegfall der Bestimmungen für den Arsengehalt des Wassers und die auf Erdöl zentrierte Energiestrategie mit Erkundungen in Naturreserven wie Alaska oder an den Küsten Floridas, Beweise für die Gefahr, die der Umwelt von der Politik der US-Regierung droht.

Aber die pittoreskeste Szene des Streifzuges des Präsidenten in das ökologische Ambiente, sein öffentlichkeitswirksamer Besuch in den Everglades, bot sich, als man ihn darauf hinwies, er befände sich im Domizil von 68 vom Aussterben bedrohten Spezies und es sei außerdem der weltweit einzige Ort, wo Krokodile und Kaimane zusammen lebten. Da konnte der Präsident nicht mit einem Geständnis an sich halten: "Ich habe eine gewisse Hoffnung, daß das eines Tages auch im Kongreß geschieht".

## ALCA stärkt Position der transnationalen Konzerne

RAISA PAGES - Granma Internacional

• TRANSNATIONALE Konzerne können nach den absonderlichen "Verhaltensregeln" der Amerikanischen Freihandelszone (ALCA), die 2005 in Kraft treten soll, die Regierung eines Landes vor einem internationalen Gericht verklagen und eine Entschädigung verlangen, wenn es ihnen verboten wird, einen Ort mit giftigen Abfällen zu verseuchen.

Das brachten Experten des kubanischen Forschungsinstituts für Weltwirtschaft (CIEM) in einer Informationsrunde im Fernsehen zur Sprache. Dort wurde der Entwurf des Kapitels über Investitionen in dem Abkommen über ALCA analysiert, das dem Institut durch Freunde zugänglich gemacht wurde.

Das Klagerecht von Investoren gegen einen Staat ist bereits harte Realität, wie ein Fall in Kanada beweist. Die Regierung hatte einen für das Nervensystem schädlichen Zusatzstoff im Heizöl verboten. Als der transnationale Konzern Klage mit der Begründung einlegte, das Verbot verstoße gegen die NAFTA-Vereinbarungen, war die Regierung gezwungen nachzugeben.

CIEM-Direktor Osvaldo Martínez bezeichnete in seiner Analyse des Investitionskonzepts der ALCA als ein Schutzschild für US-Investitionen. Es biete Kapitalspekulationen absolute Freiheit: ohne Steuern, ohne Kontrolle, ohne Fristen, um Fehlbewegungen auszuschließen und ohne produktive Investition anzulegen.

ALCA sei das Todesurteil für die Versuche zur regionalen Integration Lateinamerikas, unterstrich Martínez, denn ihr Ziel sei es, den MERCOSUR, die CARICOM, die ALADI und den Gemeinsamen Mittelamerikanischen Markt zu schwächen.

Wird Lateinamerika auf seine eigene Integration verzichten oder zum Handlanger der USA im Kampf gegen andere Machtzentren wie die EU und Japan werden? Dies sei die Alternative, die sich aus dem Text der ALCA-Bestimmungen ableite.

Der Subkontinent werde im Streit zwischen den wichtigsten Machtzentren der Weltwirtschaft zur Geisel Nordamerikas, was die "Mac Donaldisierung" von Lateinamerika und der Karibik bedeute.

Den Angaben der Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karibik zufolge, vollzog sich in den neunziger Jahren eine Transnationalisierung der lateinamerikanischen Volkswirtschaften. 43 Prozent der Gesamtverkäufe der 500 wichtigsten Unternehmen der Region gelangte in die Hände von Auslandskapital.

Die Europäische Kommission, so die Spezialisten des CIEM, mache sich Sorgen über die Bestimmungen, die im Zusammenhang mit der ALCA behandelt werden, denn ca. 100 bedeutende Unternehmen des Subkontinents würden von europäischem Kapital kontrolliert.

Der Technologietransfer, der vorteilhafteste Posten der Auslandsinvestition, sei nach den Formulierungen im Kapitel Investitionen wegen des Schutzes des intellektuellen Eigentums annulliert worden, stellt Osvaldo Martínez fest, der auch Leiter der Wirtschaftskommission des kubanischen Parlaments ist.

Weitere Bedingungen machten es den Regierungen schwer, ihre natürlichen Ressourcen zu schützen. Die Schutzbestimmungen des ALCA-Dokuments sollen eine mögliche Verstaatlichung von transnationalem Eigentum, das der Volkswirtschaft Schaden zufügt, verhindern.

Kuba brachte erneut zum Ausdruck, sich niemals dem Abkommen anzuschließen. Weltweit mobilisieren sich viele Kräfte, um diesen Annexionsversuch zum Scheitern zu bringen.



## Neues Gesetz zur Finanzierung subversiver Aktivitäten

## Kuba ist nicht Polen

GABRIEL MOLINA  
— Granma Internacional

• DER republikanische Senator Jesse Helms legte am 16. Mai einen Gesetzesentwurf vor, der schon vor mehr als drei Monaten von Jorge Mas Santos, dem Präsidenten der Kubanisch-Amerikanischen Nationalstiftung (FNCA), veröffentlicht worden war und nach dem 100 Millionen Dollar an Gruppen verteilt werden sollen, die als potentielle Werkzeuge gegen die kubanische Regierung angesehen werden.

Nach dem Entwurf wäre der Präsident ermächtigt, das Geld an Leute auf der Insel, vor allem freiberuflich Beschäftigte, zu schicken, erklärte Helms.

Nach Meinung der Presseagentur Reuters wäre dies, wenn das Gesetz angenommen werden sollte, in vierzig Jahren das erste Mal, daß Dissidentengruppen in Kuba direkte finanzielle Unterstützung von den Vereinigten Staaten bekämen. Tatsache ist allerdings, daß es Washington schon seit einigen Jahren unterläßt, zu verheimlichen, daß sie die subversiven Aktivitäten gegen die kubanische Regierung schon seit 1959 finanzieren. Jetzt geben sie sogar zu, zehn Millionen Dollar zu diesem Zweck ausgegeben zu haben. Doch diejenigen, die dieses Geld erhalten sollten versichern, daß ein beträchtlicher Teil davon in Miami geblieben ist.

Mas Santos stellte am 7. Februar dieses Jahres vor der Institution Interamerikanischer Dialog den Plan für den Präsident Georg Bush II vor, der jetzt von Helms, dem Vorsitzenden des außenpolitischen Ausschusses des Senats, und anderen Kongreßmitgliedern ausgeführt wird. Diese Gruppe genießt die saftigen Einkünfte, die ihnen offiziell von der US-kubanischen Lobby, die von dem damaligen Präsidenten Ronald Reagan geschaffen worden ist, beschert wird.

Bei der Vorstellung sagte der Sohn von Mas Canosa, der Plan sei gegen jene gerichtet, die (in diversen Sektoren der Vereinigten Staaten) "in Wirklichkeit nur daran interessiert sind, das, was sie Stabilität auf der Insel nennen, aufrechtzuerhalten".

Zu diesem Zweck würden sie "eine aufstrebende Zivilgesellschaft mit finanziellen Mitteln und anderen Formen der Hilfe" fördern. Der Präsident der FNCA gab seine Absicht bekannt, ähnlich vorzugehen, wie die Regierungen von Reagan und Bush I, die die "demokratische Opposition" in Polen finanzierten und mit anderen Mitteln unterstützten.

Laut Agenturmeldungen erklärte Helms bei der Vorlage des Gesetzesentwurfs in Übereinstimmung mit dem Drehbuch von Mas Santos, er wolle ein "ähnliches Gesetz erreichen, wie das, das die Vereinigten Staaten 1980 zur Unterstützung der antikommunisti-



schen 'Solidarität in Polen' verabschiedeten.

Der Senator, der Namensgeber eines Gesetzes aus dem Jahre 1996 ist, das neben Bestimmungen mit extraterritorialem Charakter auch zum Inhalt hat, Washington zu verbieten, die Beziehungen zu Kuba zu normalisieren, ohne daß der US-Kongreß beschließt, daß es in Havanna eine "demokratische Regierung" gibt. Dieses Gesetz wurde von Anwälten geschrieben, die für die US-kubanischen Familien Bacardí, Fanjul und Mas Canosa arbeiten.

In seiner Schmäherei sagte Mas Santos, man müsse "Programme entwickeln, die die demokratische Opposition und unabhängige Gruppen und Einzelpersonen in Kuba direkt mit Geld und Materialien versorgen ... dazu zählen Computer, Drucker, Mobiltelefone, Faxgeräte, Einrichtungen für Internet und dem Letzten, was es an Kommunikationsgeräten gibt, wie etwa drahtlose Technologien, Satelliten etc".

Die Gesetzesvorlage von Helms folgt dieser Linie und erhöht den Einsatz: Sie sieht vor, Oppositionsgruppen und Nichtregierungsorganisationen auf der Insel innerhalb von vier Jahren 100 Millionen Dollar in Form von Bargeld, Lebensmitteln, Medizin, Computern, Telefonen, Faxgeräten und anderen Büromateria-

lien und Lehrmitteln zuzuschleusen, wie EFE, AFP und Reuters berichten.

Dem Entwurf von Helms, der den Titel trägt, "Gesetz zur Solidarität mit Kuba", schlossen sich der Senator Joseph Lieberman, demokratischer Kandidat für die Vizepräsidentschaft an der Seite Al Gores im letzten Wahlkampf, und weitere Senatoren, wie Robert Torricelli, Bob Graham, George Allen und John Ensign an.

Die Abgeordneten Lincoln Díaz-Balart und Ileana Ros Lethinen übernehmen diese Aufgabe im Repräsentantenhaus.

Im Februar hatte Mas Santos noch weitere Grundzüge des Plans, den sie jetzt mit etwas mehr Diskretion durchführen wollen, offengelegt, wie aus gewöhnlich gut unterrichteten Kreisen verlautet. Er sagte, "die neue Politik muß die freien Unternehmen in Kuba fördern, indem es den kämpferischen und stark unterdrückten Sektor der selbständig Beschäftigten und der privaten Eigentümer stärkt und ausweitet. Dazu zählen Restaurants und Zimmervermieter, unabhängige Bauern, private Kindergärten, kirchliche Asyle und weitere selbstfinanzierte Einrichtungen".

Er erklärte auch, man müsse diese Schichten von der Blockade ausnehmen und einen Fonds in den Vereinigten Staaten schaffen, der von anerkannten Nichtregierungsorganisa-

tionen verwaltet wird. Dessen Ziel soll es sein, Kredite zu gewähren, damit die private Geschäftstätigkeit ausgeweitet werden könne. Ein weiterer Fonds solle geschaffen werden, um Stipendien zum Studium und zur Ausbildung von Geschäftsleuten zu zahlen. Aus den o. g. Kreisen ist bekannt geworden, daß dies der Kern der subversiven Absichten ist.

Kubaner, für die diese Mittel bereit stehen, sind laut New York Times, neben den selbständig Beschäftigten die "politischen" Gefangenen, Dissidenten, unabhängige Wirtschaftswissenschaftler, Journalisten und Mitglieder religiöser Gruppen. Auch landwirtschaftliche Gruppen sollen in diesen Genuß kommen und zudem ihre Produkte auf dem US-Markt verkaufen können und auch dort einkaufen.

Kritiker dieser Vorschläge in den Vereinigten Staaten wenden dagegen ein, daß die Unterstützung dazu führe, daß diese Personen dann als bezahlte Agenten Washington angesehen werden und da die US-Gesetzgebung Kuba als Feind behandelt, würden diese Personen automatisch zu feindlichen Agenten werden, mit allen sich daraus ergebenden natürlichen Konsequenzen.

Der Entwurf sieht ebenfalls vor, Gelder bereitzustellen, damit Radio Martí und TV Martí, beides Sender der US-Regierung, die von der kubanischen Regierung betriebenen Störungen überwinden können. Weiterhin sollen Gewerkschaftsgründungen finanziert werden. Im Programm von Mas Santos heißt es zu diesen beiden Punkten, es sollen stärkere Sendeanlagen für diese Sender gekauft werden und "den Kubanern geholfen werden, Gewerkschaften in Zusammenarbeit mit der AFL-CIO zu gründen". Es ist bekannt, daß diese Organisation seit Jahrzehnten durch das US-System neutralisiert wurde.

Dieser neue Vorstoß des Senators Helms und der übrigen Kongreßmitglieder, die von den üblichen finanziellen Zuwendungen profitieren, wird als eine Anstrengung angesehen, die politische Debatte vom Thema der Blockade abzulenken, die aufgrund des starken Drucks von Unternehmen geführt wird, die daran interessiert sind, mit Kuba Handel zu treiben. Dazu zählen vor allem der pharmazeutische und der landwirtschaftliche Sektor sowie die Lebensmittelindustrie, heißt es bei Reuters.

Es wird erwartet, daß Kritiker des Wirtschaftskrieges, den Washington seit 40 Jahren führt, und der aktuellen Initiative sich vehement gegen diesen Gesetzesentwurf stellen werden, der nach öffentlichen Erklärungen von der Regierung von Bush II unterstützt wird. Zu den Kritikern zählt u. a. der Demokrat mit der höchsten Stellung im auswärtigen Ausschuß, der Senator Christopher Dodd. Er sagte, das was jetzt wichtig sei, sei Hilfe für das kubanische Volk, indem man die Wirtschaftsblockade beende und das Verbot für Reisen nach Kuba aufhebe.

Helms unterstrich, sein Entwurf erlaube es der Regierung Bush, Genehmigungen für Spendensendungen von US-Bürgern mit dem Ziel auszustellen, die Sympathie der Kubaner zu gewinnen.

Seinen Gegnern hielt er entgegen, er zweifle nicht daran, daß es hier um eine Investition gehe, die der US-Wirtschaft ähnlich viel Nutzen bringen werde wie "die Investitionen, die wir in Osteuropa gemacht haben und die unermeßliche Gewinne hervorgebracht haben".

Der Senator Charles Schummer gab dazu einen weisen Kommentar ab: "Kuba ist nicht Polen."





# Unser Amerika



## VENEZUELA

# US-Intervention soll Chávez stürzen

• CARACAS (PL).- Der venezolanische Verteidigungsminister, José Vicente Rangel, deckte auf, daß Sektoren der Opposition eine militärische Intervention der USA in dieser Nation wünschen und befürworten.

„Sie träumen von einer Wiederholung der Schweinebucht“, (Invasion in Kuba, 1961), weil „sie sich an den Rockzipfel der nordamerikanischen Nation hängen“, betonte Rangel.

Der Minister stellte fest, daß „jene, die diese Illusion nähren, unrealistisch und unvernünftig sind. Sie reden Unsinn, weil ihre Pläne gescheitert sind und sie nun vor lauter Enttäuschung anfangen zu träumen“.

Rangel unterstrich, die internationale Gemeinschaft werde diese Möglichkeit niemals akzeptieren, und selbst die USA würden sie zurückweisen, „weil sie kein Interesse daran haben, sich in derartige Abenteuer zu stürzen“.

Der Verteidigungsminister erklärte, die Förderer dieser Idee seien die gleichen Personen, die daran interessiert seien, daß von einer vermutlichen „Kubanisierung“ Venezuelas gesprochen werde. Sie bedienten sich der Sprache des Kalten Krieges und verlegten Miami mechanisch nach Caracas.

Sie versuchten, im Land den Stil derer einzuführen, die in jener Stadt in den USA die Re-

gierung Fidel Castros verleumdete, sagte Rangel, als er an das Verhalten der Gruppen erinnerte, die am 26. Mai in Caracas erfolglos eine antikubanische Kundgebung veranstalten wollten.

„Wir pflegen zu Havanna normale Beziehungen, aber die Opposition will Haß schüren und die Wahrheit verfälschen, indem sie immer auf das Thema Kuba verweist und die atypische Haltung extrem rechter Sektoren im Exil annimmt“, sagte er.

Er machte diese Elemente für einen Klassenkampf von oben verantwortlich, bei dem die Reichen gegen die Armen vorgehen. In dieser Konfrontation würden sie auf die einfache Herkunft von Präsident Hugo Chávez anspielen.

Für Rangel war die geringe Teilnahme an besagter Kundgebung das beste Zeichen für das Scheitern der Aktion, mit der diese Gruppen versuchten, einen antikubanischen Protestakt zu veranstalten. Im Gegensatz dazu stand die große Solidaritätskundgebung des venezolanischen Volkes mit Kuba.

Der Minister äußerte, die Regierung analysiere die Informationen und sie verfüge über klare Spuren zu den Autoren, die in US-Zeitungen anonyme Meldungen veröffentlichten, in denen der Rücktritt von Chávez gefordert wird.



Mit dem Bild von Che protestierten Studenten gegen „die fehlende Moral der OAS, um von Menschenrechten zu reden“

## COSTA RICA

# Kundgebungen gegen die OAS

• SAN JOSE.- Mehrere hundert Gewerkschaftsführer und Universitätsstudenten demonstrierten in San José gegen die Organisation Amerikanischer Staaten (OAS), als Delegierte aus 34 Ländern des Kontinents die 31. Vollversammlung der Organisation eröffnen wollten.

Mit Rufen „OAS raus“ versammelten sich die Demonstranten im Stadtzentrum, eine Straße vom Teatro Nacional entfernt, wo die Außenminister und anderen Delegierten zur Eröffnung des Treffens eintrafen.

Der Protest des Bürgerkomitees zum Kampf gegen die OAS, das zur Kundgebung aufgerufen hatte, richtete sich gegen den „unmenschli-

chen Charakter und die gegen die Menschenrechte verstoßende“ neoliberale Politik, die von den Regierungen Lateinamerikas praktiziert wird.

In einem Brief an den Generalsekretär der OAS, César Gaviria, versicherte das Komitee, die OAS besäße nicht die moralische Autorität, von Menschenrechten, einer der Schwerpunkte der Generalversammlung, zu reden, „wenn die neoliberale Politik, die von (den Regierungen) praktiziert wird, die schwerste Verletzung dieser Rechte ist.“

„Volksentscheid zum Freihandelsabkommen“, war auf einem Transparent zu lesen, das Demonstranten trugen. (AFP)

# Ja,

Ich bestelle  
für die Dauer von

1 Jahr (12 Ausgaben) 24 DM

6 Monaten (6 Ausgaben) 13 DM

Zahlungsweise

gegen Rechnung

Per Bankeinzug

Anschrift

Meine Bankverbindung

Name

Geldinstitut

Srt. / Nr

BLZ

PLZ / Ort

Konto

Datum / Unterschrift

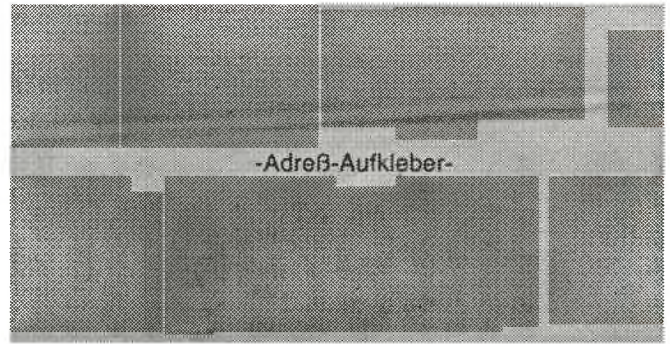
Ich kann die Bestellung innerhalb von 10 Tagen schriftlich widerrufen (Poststempel zählt). Wird das Abo nicht bis 8 Wochen vor Ablauf des Bezugszeitraumes gekündigt, verlängert es sich automatisch um den gewählten Zeitraum.

2. Unterschrift  
Coupon an:  
Verlag 8. Mai, Granma  
Karl-Liebknecht-Str. 32  
10178 Berlin

**Granma**  
INTERNACIONAL  
Zeitung aus Kuba  
und Lateinamerika



# Heldenhaftes Verhalten in den Eingeweiden des Monstrums



• Widerliche Ungerechtigkeit gegen fünf kubanische Patrioten, die ihre Pflicht erfüllten, unser Volk vor terroristischen Aktionen der US-kubanischen Mafia zu schützen • Schuldspruch in einem betrügerischen und zynischen Prozeß • Mutige Botschaft an das Volk der USA

• AM 8. Juni wurden fünf unserer Landsleute angesichts von infamen und falschen Beschuldigungen vor einem Gericht in Miami schuldig gesprochen. Sie setzten täglich ihr Leben aufs Spiel, indem sie direkt in den Eingeweiden des Monstrums wirkten, um Pläne der US-kubanischen Mafia, die mit Toleranz und Komplizenschaft der US-Behörden durchgeführt wurden, aufzudecken und darüber zu informieren.

Ein heimtückisches Gericht, vol-

ler Vorurteile und Desinformationen, das unter dem enormen Druck der Regierung, der Massenmedien und der vergifteten und verpesteten Atmosphäre in Miami stand, hat sie angesichts von plumpen und verlogenen Anschuldigungen, die niemals bewiesen wurden, schuldig gesprochen. Damit können sie dazu verurteilt werden, den Rest ihres Lebens in den feindseligen, erbarmungslosen und inhumanen

Gefängnissen der Vereinigten Staaten zu verbringen. Gegen sie wurden alle möglichen Formen der Erniedrigung und der Schikane eingesetzt, so z. B. eine lang andauernde Isolationshaft und drei von ihnen wurden 17 Monate von jeglichem Kontakt zu ihren Familien abgeschnitten.

Bei den Landsleuten handelt es sich um: René Gonzalez Sehwerter, Fluglehrer und Spezialist in Flugzeugtechnik; Ramón Labañi-

no Salazar, Diplomökonom, der für seinen Abschluß an der Universität Havanna ausgezeichnet wurde; Fernando González Llort, Absolvent der Hochschule für Internationale Beziehungen; Antonio Guerrero Rodríguez, Bauingenieur; und Gerardo Hernández Nordelo, ebenfalls Absolvent der Hochschule für Internationale Beziehungen.

Im folgenden veröffentlichen wir ihre

## BOTSCHAFT AN DAS VOLK DER VEREINIGTEN STAATEN

Wir fünf Kubaner, die ihrem Volk dienten, die 33 Monate und fünf Tage lang die strenge Haft in den Zellen einer Strafanstalt eines anderen Landes ertragen haben, deren Behörden unserem Land feindlich gesinnt sind, und in dem wir nach einem langwierigen und skandalösen Prozeß mit Vorgehensweisen, Methoden und Zielen von absolut politischem Charakter und unter einer wahren Sintflut böswilliger und verlogener Propaganda verurteilt worden sind, haben beschlossen, uns direkt an das US-amerikanische Volk zu wenden, um es wissen zu lassen, daß wir Opfer einer kolossalen Ungerechtigkeit sind.

Wir sind beschuldigt worden, die Sicherheit der USA gefährdet zu haben, wir werden zahlreicher Vergehen und sogar Verbrechen bezichtigt wie der Verschwörung zum Mord, für die es wegen ihrer unzweifelhaften Verlogenheit keine Beweise gibt und nie geben wird, und für die wir zu Dutzenden von Jahren Gefängnis oder sogar zu lebenslänglicher Haft verurteilt werden können.

Ein in Miami einberufenes Gericht, und das erklärt alles, hat uns alle der Vergehen, deren wir angeklagt sind, schuldig gesprochen.

Wir sind kubanische Patrioten, die niemals die Absicht hatten, den Werten des US-amerikanischen Volkes zu schaden, und auch nicht seiner Integrität; aber unser kleines Land, das 40 Jahre lang Aggressionen und der Bedrohung seiner Sicherheit, subversiven Plänen, Sabotagen und der inneren Destabilisierung standgehalten hat, hat das Recht sich gegenüber seinen Feinden zu verteidigen, die das US-Territorium benutzen, um Terrorakte zu planen, zu organisieren und zu finanzieren und die selbst gegen die Gesetze ihres eigenen Landes verstoßen.

Wir haben das Recht auf Frieden, die Anerkennung unserer Souveränität und unserer ureigensten Interessen.

Wir hielten uns in diesem Land mehr als vier Jahre auf und wir haben uns immer gefragt, warum unsere beiden Völker nicht in Frieden leben können, warum die erbärmlichen Interessen einer Ultrarechten - darunter auch terroristische Gruppen und Organisationen kubanischer Herkunft - die Atmosphäre zwischen zwei Völkern vergiften können, die aufgrund ihrer geographischen Nähe die Möglichkeit haben, Beziehungen der Achtung und Gleichheit zu pflegen.

In unseren Tagen der Haft haben wir über unser Verhalten in diesem Land nachgedacht und erneut mit tiefster Überzeugung festgestellt, daß unsere Haltung und unsere Handlungen keinen Schaden verursachten und wir nicht die Sicherheit des US-amerikanischen Volkes

gefährdeten, daß wir in gewissem Maße sogar dazu beigetragen haben, terroristische Pläne und Aktionen gegen unser Volk zu vereiteln und so den Tod unschuldiger kubanischer und US-amerikanischer Bürger verhindert haben.

Warum ist es notwendig, daß kubanische Patrioten die ehrenvolle Pflicht erfüllen, fern von der Familie und ihren Lieben, ihr Land zu schützen und dafür auf das tägliche Zusammenleben mit ihrem Volk verzichten?

Warum erlauben US-Behörden mit ihrer Toleranz, daß gegen unser Land vorgegangen wird; warum ermitteln sie nicht wegen der Terrorpläne, die KUBA aufgedeckt hat, und unternehmen nichts gegen sie, warum verhindern sie nicht die zahlreichen Pläne für Attentate auf unsere Repräsentanten?

Warum können sich die geständigen Verantwortlichen dieser und anderer Terrorakte frei im Süden Floridas bewegen, wie es im Verlauf der Gerichtsverhandlung bewiesen wurde?

Wer waren ihre Ausbilder und wer erlaubt ihre Pläne?

Wer schadet wirklich der Sicherheit der Vereinigten Staaten?

Es sind die Terrorgruppen kubanischer Herkunft und ihre wirtschaftlichen und politischen US-amerikanischen Hintermänner, die die Glaubwürdigkeit dieses Landes untergraben, die dieser Nation das Image eines brutalen Landes geben und ihre Einrichtungen als inkonsequent, voreingenommen und wenig ernsthaft hinstellen, unfähig sich korrekt und vernünftig gegenüber den Problemen im Zusammenhang mit KUBA zu verhalten.

Diese Gruppen und ihre Hintermänner haben sich organisiert, um Einfluß zu nehmen, um einen Konflikt zwischen beiden Ländern heraufzubeschwören. Sie fördern im Kongreß und in der Regierung Maßnahmen und Strömungen, die immer aggressiver gegen KUBA gerichtet sind.

Sie wollen die Geschichte der Invasionen, Sabotagen, biologischen und ähnlichen Aggressionen aufrechterhalten. Sie kämpfen darum, Situationen zu schaffen, die zu ernstesten Konsequenzen für unsere Völker führen können.

Im Ergebnis dieser Aggressionen sind von 1959 bis 1999 in unserem Land 3.478 Menschen umgekommen, 2.099 zu Invaliden geworden und hohe Sachschäden entstanden.

Die Propagandakampagnen, die das Image Kubas in den USA verzerren, gehen weiter und versuchen unter verschiedenen Vorwänden, mit Gesetzen und Bestimmungen zu verhindern, daß US-Amerikaner frei nach KUBA reisen können und die wirkliche Lage

des Landes kennenlernen. Sie erschweren die Zusammenarbeit bei Themen von gegenseitigem Interesse wie dem Kampf gegen die illegale Auswanderung und dem Drogenschmuggel, die der US-Bevölkerung großen Schaden zufügen.

Hinzu kommt die ständige Forderung nach neuen und höheren Zahlungen durch die Regierung, die dem Steuerzahler aufgebürdet werden, um die Aktionen gegen KUBA zu finanzieren. Enorme Summen werden für Radio- und Fernsehsendungen und die Finanzierung ihrer Untergehenden auf der Insel ausgegeben, wodurch die Mittel zur Lösung der sozialen Probleme der US-Bürger verringert werden.

Es gibt neuere Anzeichen des Einflusses und des Drucks, den diese Gruppen auf die Bevölkerung in Miami und ihre Regierungsvertreter, ja selbst auf das Justizsystem, ausüben.

Der größte Dienst, den man dem Volk der USA erweisen kann, ist, es von dem Einfluß dieser Extremisten und Terroristen zu befreien, die den USA einen so großen Schaden antun indem sie gegen deren Gesetze verstoßen.

Wir haben nie etwas für Geld getan und immer bescheiden und einfach gelebt, wie unser Volk, das sich aufopfert.

Wir haben uns von einem starken Gefühl der menschlichen Solidarität, der Liebe zu unserem Vaterland und der Verachtung all dessen leiten lassen, was gegen die Menschenwürde gerichtet ist.

Wir Angeklagten in diesem Prozeß bedauern nicht, was wir getan haben, um unser Land zu verteidigen. Wir erklären uns völlig unschuldig. Uns stärkt, die Pflicht unserem Volk und unserem Vaterland gegenüber erfüllt zu haben. Unsere Familien begreifen die Tragweite der Ideen, die uns geleitet haben, und werden stolz auf das sein, was wir im Kampf gegen den Terrorismus für die Menschheit und für die Unabhängigkeit Kubas getan haben.

*Gerardo Hernández Nordelo, René González Sehwerter, Ramón Labañino, Antonio Guerrero Rodríguez, Fernando González Llort*